



Landkreis Vorpommern-Greifswald, 17464 Greifswald, PF 11 32



Amt Lubmin
für die Gemeinde Wusterhusen
Frau Hoffmann
Geschwister-Scholl-Weg 15
17509 Lubmin

Besucheranschrift: **Leipziger Allee 26
17389 Anklam**

Amt: Amt für Bau, Natur- und Denkmalschutz
Sachgebiet: Technische Bauaufsicht/Bauplanung

Auskunft erteilt: Herr Streich
Zimmer: 245
Telefon: 03834 8760-3142
Telefax: 03834 8760-93142
E-Mail: viktor.streich@kreis-vg.de
beBPo: Landkreis Vorpommern-Greifswald
- Zentrale Poststelle -

Sprechzeiten
Di: 09.00 bis 12.00 Uhr und 14.00 bis 18.00 Uhr
Do: 09.00 bis 12.00 Uhr und 14.00 bis 16.00 Uhr
Mo, Mi, Fr nach Vereinbarung

Aktenzeichen: **03744-23-46**

Datum: 27.11.2023

Grundstück: **Wusterhusen, OT Konerow, ~, OT Pritzwald, ~**

Lagedaten: Gemarkung Konerow, Flur 1, Flurstücke 7, 13, 14, 15, Gemarkung Pritzwald, Flur 1, Flurstücke 199, 201, 202, 203, 204, 205, 206, 207, 208, 209, 210/8, 210/9, 210/11, 210/13

Vorhaben: Bebauungsplan Nr. 7 "Solarpark Wusterhusen zwischen Konerow und Pritzwald" der Gemeinde Wusterhusen
hier: Beteiligung Träger öffentl. Belange nach § 4 Abs. 2 BauGB; HAZ. 1821-2023

Gesamtstellungnahme als Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB hier: Bebauungsplan Nr. 7 "Solarpark Wusterhusen zwischen Konerow und Pritzwald" der Gemeinde Wusterhusen

Sehr geehrte Damen und Herren,

Grundlage für die Erarbeitung der Gesamtstellungnahme bildeten folgende Unterlagen:

- Anschreiben Amt Lubmin für die Gemeinde Wusterhusen vom 01.11.2023 (Eingangsdatum 01.11.2023)
- Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 7 von September 2023
- Entwurf der Begründung Teil von September 2023
- Entwurf des Teil II der Begründung (Umweltbericht) 22.09.2023
- Artenschutzfachbeitrag (AFB) vom 22.09.2023
- diverse Stellungnahmen beteiligter Ämter/Behörden

Das dargestellte Vorhaben wurde von den Fachbehörden des Landkreises Vorpommern-Greifswald beurteilt. Bei der Umsetzung des Vorhabens sind die in den nachfolgenden Fachstellungnahmen enthaltenen Bedingungen, Auflagen und Hinweise zu beachten und einzuhalten. Die Stellungnahmen der einzelnen Fachbereiche sind im Folgenden zusammengefasst. Sollten Sie Nachfragen oder Einwände zu den einzelnen Stellungnahmen haben, wenden Sie sich bitte an die jeweiligen Ansprechpartner:

1. Gesundheitsamt

1.1. SG Hygiene-, Umweltmedizin und Hafenärztlicher Dienst

Die fachliche Stellungnahme des Gesundheitsamtes wird, sobald hier vorliegend, nachgereicht.

Landkreis Vorpommern-Greifswald

Hausanschrift
Feldstraße 85 a
17489 Greifswald

Postanschrift
Postfach 11 32
17464 Greifswald

Telefon: 03834 8760-0
Telefax: 03834 8760-9000

Internet: www.kreis-vg.de
E-Mail: posteingang@kreis-vg.de

Bankverbindungen

Sparkasse Vorpommern
IBAN: DE96 1505 0500 0000 0001 91
BIC: NOLADE21GRW

Sparkasse Uecker-Randow
IBAN: DE81 1505 0400 3110 0000 58
BIC: NOLADE21PSW

Gläubiger-Identifikationsnummer
DE11ZZZ00000202986

2. Amt für Bau, Natur- und Denkmalschutz

2.1. SG Technische Bauaufsicht/Bauplanung

2.1.1. Team Bauordnung

Die fachliche Stellungnahme des Teams Bauordnung wird, sobald hier vorliegend, nachgereicht.

2.1.2. Team Bauplanung

Bearbeiter: Herr Streich; Tel.: 03834 8760 3142

Die im Rahmen der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange gem. BauGB vorgelegten Unterlagen wurden hinsichtlich ihrer Übereinstimmung mit den Vorschriften des BauGB und den auf Grund dieses Gesetzes erlassenen Rechtsvorschriften geprüft.

Die Planungsziele, welche mit der Aufstellung des Bebauungsplans Nr. 7 angestrebt werden, sind nachvollziehbar und werden mitgetragen.

Im weiteren Planverfahren sind folgende Hinweise, Anregungen und Bedenken zu beachten:

1. Die Gemeinde Wusterhusen verfügt über einen wirksamen Flächennutzungsplan (FNP). Der Geltungsbereich des B- Plans Nr. 7 wurde im wirksamen FNP als Fläche für die Landwirtschaft dargestellt. Der B- Plan Nr. 7 wird nicht aus dem FNP entwickelt und bedarf aus diesem Grund einer Genehmigung.
Im Parallelverfahren erfolgt jedoch die Aufstellung der 4. Änderung des FNP.
Bei dem B- Plan Nr. 7 handelt es sich daher um einen Bebauungsplan nach § 8 Abs. 3 BauGB. Wird der von dem Landrat des Landkreises Vorpommern-Greifswald zu genehmigende Flächennutzungsplan zwischen Beschluss und Veröffentlichung des Bebauungsplanes wirksam, beurteilt sich die Rechtmäßigkeit des Bebauungsplanes in dem Fall zusätzlich nach dem Entwicklungsgebot des § 8 Abs. 2 Satz 1 BauGB; der Bebauungsplan bedarf dann keiner Genehmigung nach § 10 Abs. 2 BauGB mehr. Andernfalls unterliegt der Bebauungsplan Nr. 7 der Genehmigungspflicht.
2. Einige der in der Planzeichnung dargestellten Planzeichen überlagern andere in der Planzeichnung dargestellten Planzeichen. Dieses führt zur Unlesbarkeit betroffener Planzeichen. Alle in der Planzeichnung dargestellten Planzeichen sind zwingend gut lesbar darzustellen.
3. Die in der Planzeichnung westlich der Maßnahmenfläche M4 gelegene weißbelassene Fläche ist zu vermaßen. Zusätzlich ist für diese weißbelassene Fläche zwingend eine Bodennutzung festzusetzen. Dieses festgesetzte Planzeichen ist dann in die Zeichenerklärung aufzunehmen und zu erklären.
4. Die Breite der in der Planzeichnung festgesetzten Flächen zum Anpflanzen von Sträuchern sind je nach Lage unterschiedlich breit. Die Breite dieser Anpflanzflächen ist in der Planzeichnung zu vermaßen.
5. In der Planzeichnung ist der Abstand zwischen der festgesetzten Baugrenze und der relevanten Flurstücksgrenze/Satzungsgrenze zu vermaßen.
6. Einige in der Planzeichnung durch das Planzeichen 13.1 der Anlage zur PlanVZ festgesetzte Maßnahmen nach § 9 enthalten keine nähere Bestimmungen. Im Bebauungsplan sind die Maßnahmen nach § 9 Abs. 1 Nr. 20 und Abs. 6 BauGB näher zu bestimmen.
7. Die Nutzung, der in der Planzeichnung festgesetzten Flächen, die von der Bebauung freizuhalten sind, sind näher zu bestimmen.

8. Die Zeichenerklärung ist auf Vollständigkeit der Planzeichen aus der Planzeichnung zu prüfen (es fehlen bspw. die in der Planzeichnung verwendeten Planzeichen für die Maßnahmenflächen).
9. Das in der Zeichenerklärung aufgeführte Planzeichen 15.5 der Anlage zur PlanZV weicht von dem in der Planzeichnung verwendeten Planzeichen ab. Die Darstellungen dieses Planzeichens ist zu vereinheitlichen.
10. Die gesicherte Erschließung i.S. des § 30 Abs. 1 BauGB ist für die Baufelder (SO1 bis SO4) nachzuweisen.
11. Der Plan ist zwingend mit einer Präambel (einleitende Rechtsbestimmungen) zu ergänzen.
12. Die textliche Festsetzung 3. Ist zu unbestimmt. In dieser textlichen Festsetzung ist der Beginn der Nutzung (bspw. mit in Kraft treten der Satzung) und die datumsmäßige Beendigung der Nutzung festzusetzen.
13. Der Klarheit und der Rechtseindeutigkeit dienend ist die textliche Festsetzung 4 inhaltlich zu überdenken. Die gewählte Formulierung dieser textlichen Festsetzung ist so nicht zulässig.
14. Der Verfahrensvermerk 16 ist inhaltlich zu überarbeiten (§ 10 Abs. 3 Satz 2 BauGB).
15. Im weiteren Planverfahren ist die Vereinbarkeit mit den naturschutzrechtlichen Rechtsbestimmungen sowie die Vereinbarkeit mit den Zielen der Raumordnung nachzuweisen.

2.2. SG Rechtl. Bauaufsicht/Denkmalschutz

2.2.1. Team Denkmalschutz

Die fachliche Stellungnahme des Teams Denkmalschutz wird, sobald hier vorliegend, nachgereicht.

2.3. SG Naturschutz

Die fachliche Stellungnahme des SG Naturschutz wird, sobald hier vorliegend, nachgereicht.

3. Amt für Hoch- und Tiefbau/Immobilienmanagement

3.1. Kreisstraßenmeisterei

Bearbeiter: Herr Hagemann; Tel.: 03834 8760 3364

Seitens der **Kreisstraßenmeisterei des Landkreises Vorpommern-Greifswald** bestehen gegen o.g. Vorhaben, bei Einhaltung nachfolgender Auflagen und Bedingungen, keine Einwände.

1. Die zu bebauenden Grundstücke befinden sich an der Kreisstraße 19 VG außerhalb der festgesetzten Ortsdurchfahrt. Bei der weiteren Planung ist deshalb zu beachten, dass die Errichtung oder Änderung einer Zufahrt außerhalb einer festgesetzten Ortsdurchfahrt einer Sondernutzungserlaubnis des Straßenbaulastträgers bedarf. Diese ist bei der Kreisstraßenmeisterei des Landkreises Vorpommern-Greifswald gesondert zu beantragen.
2. Für eine eventuell geplante Kabeltrasse im Bereich der K 19 VG sind vom Antragsteller detaillierte, die Kreisstraße betreffende Unterlagen einzureichen. Diese müssen den in Anspruch zu nehmenden Bereich der Kreisstraße genau benennen und Angaben zu Verlegetiefe, Abstand zum Fahrbahnrand und eventuelle Kreuzungen der Kreisstraße enthalten. Nach Vorliegen und Prüfung dieser Unterlagen erhält der Antragsteller von der

Kreisstraßenmeisterei des Landkreises Vorpommern-Greifswald eine gesonderte Stellungnahme mit entsprechenden Auflagen und Bedingungen.

3. Für die Nutzung des Straßengrundstückes zur Verlegung dieser (eventuell) geplanten Leitung ist ein entsprechender Straßennutzungsvertrag zwischen Leitungseigentümer und Straßenbauverwaltung abzuschließen. Bei bestehenden Rahmenvereinbarungen sind die dort enthaltenen Regelungen zu Leitungsverlegungen an Kreisstraßen zu beachten.

4. Amt für Wasserwirtschaft und Kreisentwicklung

4.1. SG Abfallwirtschaft/Immissionsschutz

4.1.1. SB Abfallwirtschaft/Bodenschutz

Die fachliche Stellungnahme des SB Abfallwirtschaft/Bodenschutz wird, sobald hier vorliegend, nachgereicht.

4.1.2. SB Immissionsschutz

Bearbeiter: Herr Plünsch; Tel.: 03834 8760 3238

Seitens der **unteren Immissionsschutzbehörde** bestehen zum o.g. Vorhaben keine Einwände.

4.2. SG Wasserwirtschaft

Bearbeiter: Herr Korth; Tel.: 03834 8760 3256

Die **untere Wasserbehörde** stimmt dem o.g. Vorhaben unter Berücksichtigung folgender Auflagen und Hinweise zu:

Auflagen:

Die Festlegungen der Schutzzonenordnung für die Wasserfassung Lodmannshagen, Nummer MV_WSG_1947_03 (Beschluss des Kreistages 61-14/81 vom 17.09.1981) und daraus resultierende Verbote und Nutzungsbeschränkungen sind zu beachten.

Nach § 62 Abs. 2 Wasserhaushaltsgesetz (WHG) dürfen Anlagen zum Lagern, Abfüllen, Herstellen und Behandeln von wassergefährdenden Stoffen nur entsprechend den allgemein anerkannten Regeln der Technik beschaffen sein sowie errichtet, unterhalten, betrieben und stillgelegt werden.

Für den Umgang mit der wassergefährdenden Flüssigkeit „Trafööl“ ist eine Anzeige gem. der Verordnung über Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen 1, 2 (AwSV vom 18.04.2017; BGBl. I S. 1328, zuletzt geändert durch Art.256 V v. 19.06.2020 I 1328) bei der unteren Wasserbehörde des Landkreises Vorpommern-Greifswald einzureichen (Ansprechpartner: Herr Korth, ☐ 038 34 / 8760 3256).

Die Bauarbeiten sind unter Beachtung der in der Nähe von Wasserfassungsanlagen gebotenen Vorsicht so durchzuführen, dass eine Gefährdung des Grundwassers nicht zu besorgen ist. Die Verwendung von Trockentransformatoren oder estergefüllte Transformatoren ist in Wasserschutzzonen geboten. Die Auffangwannen sind als WGS-Wanne auszuführen und so zu bemessen, dass im Falle einer Havarie das gesamte Volumen der flüssigen wassergefährdenden Stoffe zurückgehalten werden kann.

Arbeitsgeräte und sonstige eingesetzte Maschinen sind gegen Tropfverluste oder Auslaufen von Kraftstoffen, Ölen und sonstigen wassergefährdenden Stoffen während des Betriebes, der Wartung, der Reparatur sowie der Befüllung so zu sichern, dass diese Stoffe nicht in das Erdreich eindringen können.

Unfälle mit wassergefährdenden Stoffen sind der unteren Wasserbehörde des Landkreises

Vorpommern-Greifswald oder der zuständigen Polizeidienststelle unverzüglich anzuzeigen, wenn diese nicht mit einfachen betrieblichen Mitteln beseitigt werden können. Der Verursacher muss in eigener Verantwortung Sofortmaßnahmen zur Schadensbehebung oder –minimierung ergreifen.

Werden durch die Maßnahme Gewässer II. Ordnung gekreuzt bzw. verläuft die Kabeltrasse parallel, ist gemäß § 36 Wasserhaushaltsgesetz (WHG) in Verbindung mit §§ 82 und 118 Landeswassergesetz M-V (LWaG) eine wasserrechtliche Zustimmung beim Landkreis Vorpommern-Greifswald, untere Wasserbehörde, einzuholen (Ansprechpartner: Herr Korth, ☎ 03834 / 8760 3256). Dazu ist das Bauausführungsprojekt mit den detaillierten Angaben zur Gewässerkreuzung einzureichen. Die Stellungnahme des zuständigen Wasser- und Bodenverbandes ist den Antragsunterlagen beizufügen.

Rohrleitungen und Uferbereiche von Gewässern II. Ordnung (z.B. Gräben) sind entsprechend § 38 Wasserhaushaltsgesetz (WHG) in einem Abstand von mind. 5 Metern ab Böschungsoberkante bzw. bei verrohrten Gewässern ab Achsenmitte von einer Bebauung auszuschließen / von dem geplanten Bauvorhaben freizuhalten.

Sollten bei den Erdarbeiten Dränagen oder auch andere hier nicht erwähnte Entwässerungsleitungen angetroffen und beschädigt werden, so sind sie in jedem Falle wieder funktionstüchtig herzustellen, auch wenn sie zum Zeitpunkt der Bauarbeiten trocken gefallen sind. Der zuständige Wasser- und Bodenverband (Ryck-Ziese) ist zu informieren.

Das anfallende Niederschlagswasser von den befestigten Flächen sollte am Ort des Anfalls über Bankette und Sickermulden abgeleitet werden, wenn es die örtlichen Gegebenheiten zulassen. Die Nebenanlagen zur Ableitung des Niederschlagswassers sind nach den allgemein anerkannten Regeln der Technik zu errichten und zu betreiben.

Sofern das anfallende Niederschlagswasser der befestigten Flächen gefasst und über Anlagen in ein Gewässer (auch Grundwasser) geleitet wird, ist eine wasserrechtliche Erlaubnis bei der unteren Wasserbehörde des Landkreises zu beantragen (Ansprechpartnerin: Herr Korth, ☎ 03834 / 8760 3256).

Hinweise:

Das o.g. Plangebiet befindet sich in den Wasserschutzgebieten III + IV der Wasserfassung Lodmannshagen

Es wird darauf hingewiesen, dass sich im Planbereich Vorflutgräben, Gewässer II. Ordnung befinden.

Für die Unterhaltung dieser Gewässer ist der Wasser- und Bodenverband „Untere Peene/Mittlere Tollense“ verantwortlich, dessen Stellungnahme ist zu beachten.

Rechtsgrundlagen:

WHG: Gesetz zur Ordnung des Wasserhaushalts (Wasserhaushaltsgesetz – WHG) vom 31. Juli 2009 (BGBl. I S. 2585), zuletzt geändert durch Artikel 5 des Gesetzes vom 03. Juli 2023 (BGBl. I Nr. 176)

LWaG MV: Wassergesetz des Landes Mecklenburg-Vorpommern vom 30. November 1992 (GVObI. MV S. 669), zuletzt geändert durch das Gesetz vom 08. Juni 2021 (GVObI. MV S. 866)

AwSV: Verordnung über Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen AwSV vom 18.04.2017 (BGBl. I S. 905 Nr. 22) zuletzt geändert durch Art. 256 V. v. 19.06.2020 (BGBl. I S. 1328)

5. Kataster und Vermessungsamt

5.1. SG Geodatenzentrum

Bearbeiterin: Frau Mann; Tel.: 03834 8760 3411

Die Flurstücksbezeichnungen 209 und 210/2 sind in der Planzeichnung nicht ausreichend zu erkennen und müssen deshalb verschoben werden.

Die Angabe der Gemarkung Konerow ist kaum lesbar.

Bitte eine andere Farbe wählen.

6. Straßenverkehrsamt

6.1. SG Verkehrsstelle

Bearbeiter: Herr Buske; Tel.: 03834 8760 3615

Seitens des **Straßenverkehrsamtes** bestehen zum o.g. Vorhaben (entsprechend eingereichter Unterlagen) grundsätzlich keine Einwände wenn:

- bei der Ausfahrt vom B-Plan - Gebiet auf die Straße ausreichend Sicht vorhanden ist,
- der Straßenbaulastträger hinsichtlich der Zufahrt dem Vorhaben zustimmt,
- durch (auch zu einem späteren Zeitpunkt geplante) Bebauung, Bepflanzung oder Werbeanlagen Sichtbehinderungen für Verkehrsteilnehmer nicht entstehen und
- Verkehrsteilnehmer durch die Solaranlagen nicht geblendet werden.
- bei Verkehrsraumeinschränkungen rechtzeitig vor Baubeginn durch die beauftragte Baufirma bei der unteren Straßenverkehrsbehörde des Landkreises Vorpommern-Greifswald eine verkehrsrechtliche Anordnung gem. § 45 StVO beantragt wird. Dem Antrag ist die entsprechende Aufgrabeerlaubnis/ Sondernutzungserlaubnis des zuständigen Straßenbaulastträgers sowie ein Verkehrszeichenplan für die Baustellenabsicherung beizufügen.

7. Rechtsamt

7.1. SG Breitband

7.1.1. SB Breitband

Bearbeiter: Herr Hoffmann; Tel.: 03834 8760 1243

Die Prüfung hat ergeben, dass der eingereichte Antrag, Bereiche des geförderten Breitbandausbaus durchquert.

Die Trasse wurde genehmigt, es handelt sich um das Projektgebiet VG22_13, Cluster5_001. Das Projektgebiet VG22_13 befindet sich gerade in der Umsetzungsphase.

Für einen genauen Trassenverlauf oder einer Mitverlegung kontaktieren sie das ausführende Telekommunikationsunternehmen:

Anschrift: ATL Antennentechnik Lubmin
Kemnitzer Weg 10 A
17509 Hanshagen

Ansprechpartner: Hans Sakreida

Email: breitband@atl-lubmin.de

Telefon: 038354/23580
Telefon mobil: 0171/9479417

8. Ordnungsamt

8.1. SG Brand- und Katastrophenschutz

8.1.1. SB Abwehrender Brandschutz

Bearbeiter: Herr Gerhardt; Tel.: 03834 8760 2814

Feuerwehr

Die zuständige öffentliche Feuerwehr, die FF Wusterhusen mit ihrer Ortsfeuerwehr Pritzwald und Löschgruppe Gustebin, kommt als Feuerwehr mit Grundausstattung zum Einsatz. Eine wirksame Löschhilfe über Nachbarwehren, insb. mit wasserführenden Löschfahrzeugen, ist grundsätzlich möglich. Über den sofortigen Einsatz weiterer Nachbarwehren oder die Nachforderung von Kräften und Mitteln vor Ort, entscheidet der Wehrführer mit der Abstimmung des Feuerwehrwehrplanes sowie nach Einsatzstichwort und vorgefundener Lage. Für den PV-Park ist ein **Feuerwehrplan** nach DIN 14095 zu erstellen und mit der Brandschutzdienststelle abzustimmen. Der zuständigen örtlichen Feuerwehr ist ein Druckexemplar als laminierter Dokumentenordner mit Rückenbeschriftung nachweislich zu übergeben. Die Brandschutzdienststelle erhält ein digitales Exemplar im PDF-Format zur Archivierung und Weitergabe an die Integrierte Leitstelle Greifswald. Vor Nutzungsaufnahme ist mit der örtlichen Feuerwehr eine Ortsbesichtigung/ Einweisung durchzuführen und zu protokollieren.

Zugänglichkeit

Die gewalt- und verzögerungsfreie Zugänglichkeit für die Feuerwehr, ist durch eine Feuerwehrdoppelschließung an jeder Toranlage ständig zu gewährleisten.

Löschwasser

Zur Bekämpfung von Flächen- und Vegetationsbränden, auch über den PV- Park hinaus, sind für diesen B-Planbereich geeignete Löschwasserentnahmemöglichkeiten zu schaffen. Dies können Löschwasserteiche, -zisternen, -brunnen oder auch sog. Wasserkissen sein. Auf Grund der Ausdehnung des geplanten PV-Parks sind entsprechend ausreichend Entnahmestellen vorzusehen.

8.1.2. SB Katastrophenschutz

Bearbeiterin: Frau Graf; Tel.: 03834 8760 2892

- **Kampfmittel**

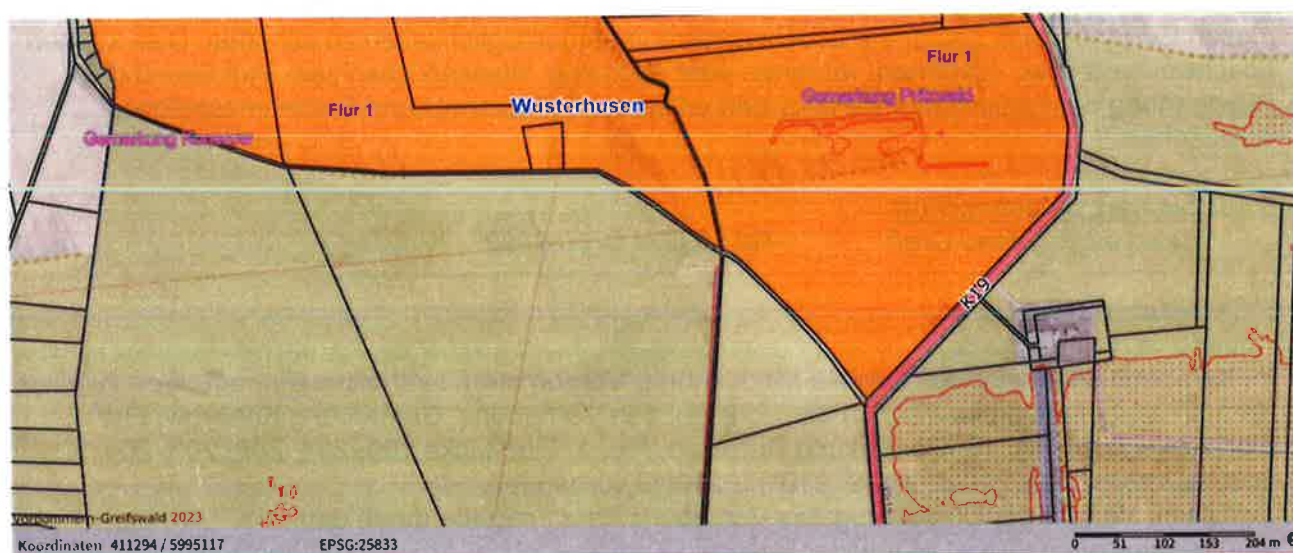
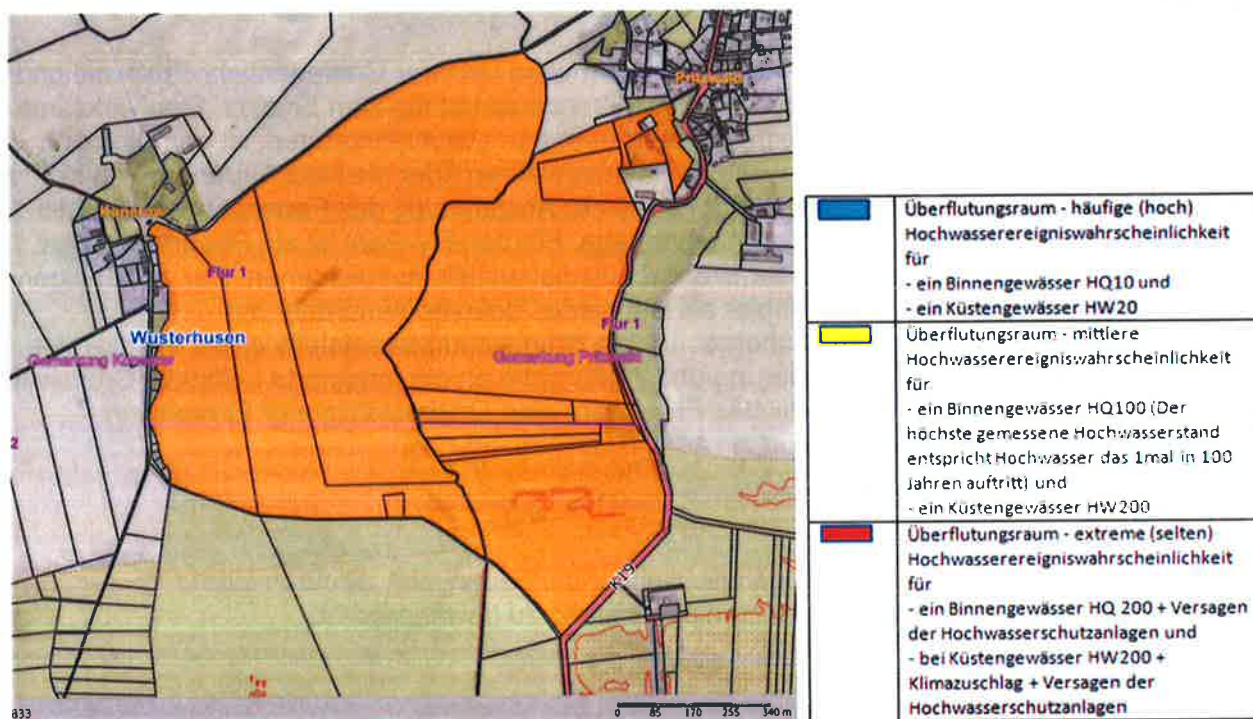
Im Kampfmittelkataster des Landes Mecklenburg-Vorpommern sind keine Eintragungen zu einer Kampfmittelbelastung im Bereich des vorliegenden Vorhabens, Gemarkung Konerow, Flur 1, Flurstücke 7, 13, 14, 15, Gemarkung Pritzwald, Flur 1, Flurstücke 199, 201, 202, 203, 204, 205, 206, 207, 208, 209, 210/8, 210/9, 210/11, 210/13 vorhanden.

Sollten im Verlauf der Umsetzung des Vorhabens trotz Freigabe durch den Munitionsbergungsdienst M-V wider Erwarten Kampfmittel bei Arbeiten entdeckt werden, so sind die Arbeiten einzustellen, der Fundort zu räumen und abzusperren. Nachfolgend hat die Meldung über den Notruf der Polizei oder die nächste Polizeidienststelle an den Munitionsbergungsdienst M-V zu erfolgen. Gemäß § 5 Abs. 1 Kampfmittelverordnung M-V ist die Fundstelle der örtlichen Ordnungsbehörde beim zuständigen Amt unverzüglich anzuzeigen.

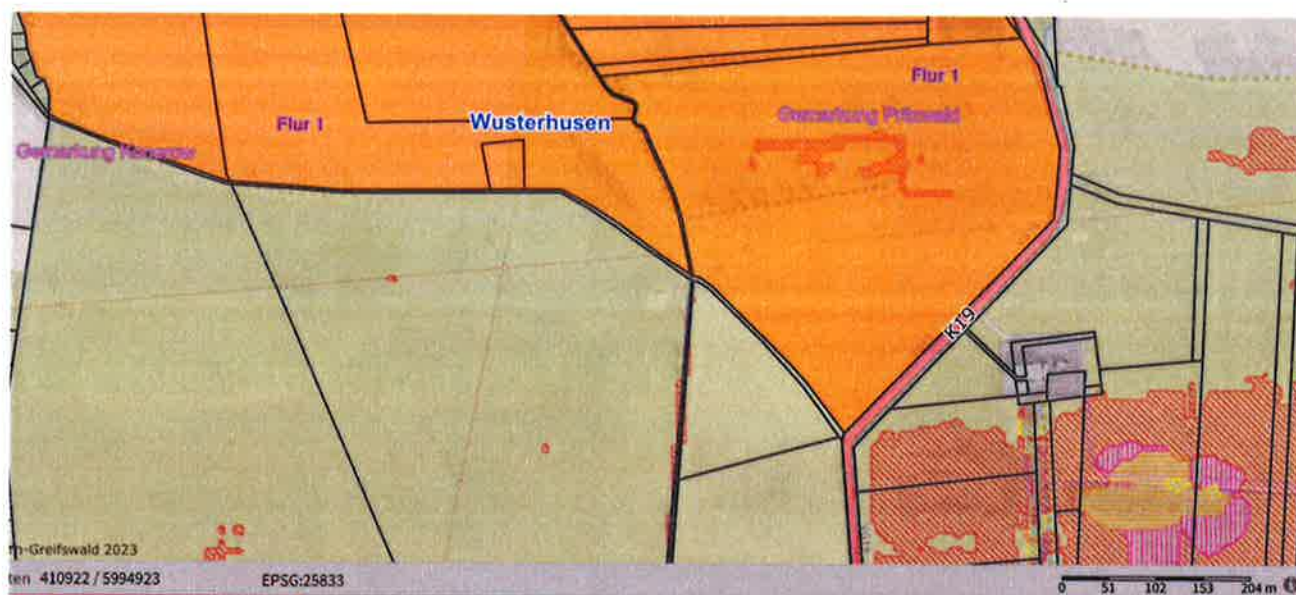
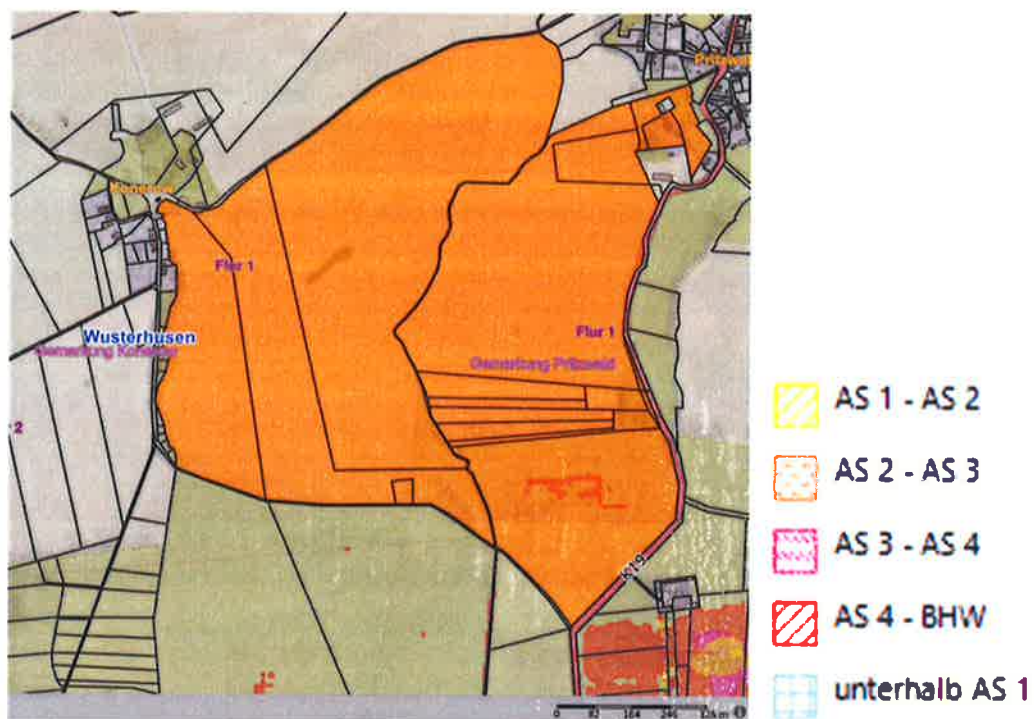
- **Hochwassergefährdung**

Für den angrenzenden Bereich des Planfeststellungsverfahrens liegen Informationen zur Hochwasserrisikomanagement-Richtlinie mit den Ergebnissen und Darstellungen Hochwassergefahren- und -risikokarte, potentielle Überflutungsflächen und Risikogebiete des Landesamt für Umwelt, Naturschutz und Geologie Mecklenburg-Vorpommern vor.

In den nachfolgenden Darstellungen sind die potentiellen Überflutungsräume nach den Hochwasserwahrscheinlichkeiten gemäß den Ergebnissen der Hochwasserrisikomanagement-Richtlinie (HWRM-RL) und die möglichen Überflutungsflächen bei Auslösung von Hochwasseralarmstufen auf der Basis der Hochwasserschutzanalyse des Landkreises Vorpommern Greifswald aufgezeigt.



Hochwasseralarmstufen (ohne Wirkung der HW-Schutzanlagen; AS - Alarmstufe)



- Sonstige Risiken oder Gefahren

Sonstige Risiken oder Gefahren sind zurzeit nicht bekannt.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag

Viktor Streich
Sachbearbeiter

Amt für Bau, Natur- und Denkmalschutz
Naturschutz

Datum: 07.12.2023
Bearbeiter: Frau Weißig
Telefon: 03834 8760 3266

Aktenzeichen: **03744-23-46**
Antragsteller: Amt Lubmin für die Gemeinde Wusterhusen Frau Hoffmann
Geschwister-Scholl-Weg 15, 17509 Lubmin
Grundstück: **Wusterhusen, OT Konerow, ~ , OT Pritzwald, ~**
Lagedaten: Gemarkung Konerow, Flur 1, Flurstücke 7, 13, 14, 15, Gemarkung Pritzwald, Flur 1,
Flurstücke 199, 201, 202, 203, 204, 205, 206, 207, 208, 209, 210/8, 210/9, 210/11,
210/13
Vorhaben: Bebauungsplan Nr. 7 "Solarpark Wusterhusen zwischen Konerow und Pritzwald" der
Gemeinde Wusterhusen
hier: Beteiligung Träger öffentl. Belange nach § 4 Abs. 2 BauGB; HAZ. 1821-2023

Herr Streich
im Hause

Untere Naturschutzbehörde (Bearbeiterin: Frau Weißig, ☎ 03834 - 8760 – 3266)

seitens der unteren Naturschutzbehörde des Landkreises Vorpommern-Greifswald ergeht zum o. g. Vorhaben unter Beachtung und Berücksichtigung nachstehender Forderungen folgende Stellungnahme:

Planzeichnung

Die Maßnahmen M2 und M3 sind farblich als Flächen für die Landwirtschaft dargestellt, obwohl es sich um CEF-Maßnahmen handelt. Dies ist anzupassen.

Im nördlichen Teil der Maßnahme M2 befinden sich zwei Gräben inklusive des Grabenpuffers. Der Maßnahme im Bereich des Grabens wird nicht zugestimmt. Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen erfüllen ihren Zweck nur, wenn sie auf die nötige Dauer angelegt sind. Zur Dauerhaftigkeit herrscht in der Rechtsprechung die Auffassung, dass die Wirkung der Kompensationsmaßnahmen so lange anhalten müsse „wie der Eingriff als Ursache Beeinträchtigungen besteht“ (VGH Kassel Urt. v. 28.06.2005 12 A 8/05, NuR 2006, 42/52). Im vorliegenden Fall muss aufgrund des dauerhaften Eingriffs eine dauerhafte Funktionalität und eine dauerhafte rechtliche Sicherung der Kompensationsmaßnahme gewährleistet werden. Wenn die Kompensationsfläche durch andere Nutzungsinteressen bedroht ist oder durch planfestgestellte Planungen konterkariert wird, ist das nicht möglich. Im vorliegenden Fall ist die dauerhafte Unterhaltung, Erneuerung und Optimierung des Grabens als ein im überragenden öffentlichen Interesse liegendes Vorhaben nicht mit einer dauerhaften Gestaltung und Sicherung einer Naturschutzmaßnahme in unmittelbarem Umfeld bzw. unter der Freileitung vereinbar. Auch nach Ziff. 4.1 der Hinweise zur Eingriffsregelung (HzE 2018, LUNG MV) sind bei der „Wahl des Standortes von Kompensationsmaßnahmen zur Gewährleistung der langfristigen Verfügbarkeit der Maßnahmenflächen mögliche andere Nutzungsinteressen“ zu berücksichtigen.

Umweltbericht

Es ist entsprechend § 2 Abs. 4 des BauGB für die Belange des Umweltschutzes nach § 1 Abs. 6 Nr. 7 und § 1a des Baugesetzbuches in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. November 2017 (BGBl. I S. 3634), eine Umweltprüfung durchzuführen, in der die voraussichtlichen erheblichen Umweltauswirkungen ermittelt werden und in einem Umweltbericht beschrieben und bewertet werden; die Anlage 1 zu diesem Gesetzbuch ist anzuwenden.

Die Umweltprüfung bezieht sich auf das, was nach gegenwärtigem Wissensstand und allgemein anerkannten Prüfmethoden sowie nach Inhalt und Detaillierungsgrad des Bauleitplans angemessener Weise verlangt werden kann.

Das Ergebnis der Umweltprüfung ist in der Abwägung zu berücksichtigen.

Es befindet sich eine Kompensationspflanzung im Geltungsbereich des Vorhabens. Auch zu dieser Kompensationsmaßnahme muss ein Puffer von 30m eingehalten werden (Begründung: siehe gesetzlich geschützte Biotope).

Die Bodenfreiheit wird in den Unterlagen (S.14 Entwurf, S. 24 Umweltbericht) erwähnt, aber nicht als Vermeidungsmaßnahme festgesetzt. Die Bodenfreiheit ist als Vermeidungsmaßnahme festzusetzen und in den Textteil B der Satzung zu übernehmen.

V3: die Vermeidungsmaßnahme ist zu erweitern, es muss zusätzlich kontrolliert werden, ob Brutvögel vorhanden sind.

Im Umweltbericht S. 10 wird die Aussage getroffen, dass sich keine gesetzlich geschützten Biotope im Plangebiet befinden. Diese Aussage ist falsch und muss angepasst werden.

M1 (S.25 Umweltbericht): gemäß HzE muss für die Anerkennung mindestens eines dieser Kriterien erfüllt werden: Bodenwertzahl max. 27, Biotopverbund, Gewässerrandstreifen, Puffer zu geschützten Biotopen, Förderung von Zielarten. Mindestens eines dieser Kriterien muss nachgewiesen werden. Die Vorgaben zur Ersteinrichtung (Selbstbegrünung, Einsaat) und die Vorgaben zu Problemunkräutern müssen übernommen werden. Die Vorgaben zur Aushagerungsmahd für nährstoffreiche und stark gedüngte Flächen sind ebenfalls zu übernehmen. Der Kapitalstock wird bestätigt.

M2 (S. 25 Umweltbericht): Bei der Maßnahme handelt es sich um eine CEF-Maßnahme für bodenbrütende Vögel. Dementsprechend ist diese Maßnahme auch als CEF-Maßnahme zu benennen.

Der Gemeinde wird empfohlen, auch für diese CEF-Maßnahme, die einer regelmäßigen Unterhaltung bedarf, einen Kapitalstock einzufordern.

M3 (S. 25 Umweltbericht): Bei der Maßnahme handelt es sich um eine CEF-Maßnahme für das Kranichbrutpaar. Dementsprechend ist diese Maßnahme auch als CEF-Maßnahme zu benennen.

Der Gemeinde wird empfohlen, auch für diese CEF-Maßnahme, die einer regelmäßigen Unterhaltung bedarf, einen Kapitalstock einzufordern. Eine Schafbeweidung in der Maßnahmenfläche M3 ist auszuschließen. Eine Beweidung setzt eine Umzäunung voraus. Dadurch sind die Kraniche mit ihren nicht flüggen Jungen in der Maßnahmenfläche gefangen.

M4: Bei dieser Maßnahme handelt es sich um Baumpflanzungen (80 Bäume) die im Rahmen von Baumfällungen (41 Bäume) kompensiert werden müssen.

Der Gemeinde wird empfohlen, auch für diese Maßnahme einen Kapitalstock einzufordern.

Es ist eine Tabelle für die zu fällenden Bäume zu erstellen, aus der sich Baumart, Stammumfang (in 1,30m Höhe) und welcher Kompensationsbedarf sich für jeden der zu fällenden Bäume ergibt (Anlage 1 aus dem Baumschutzkompensationserlass (2007)).

Anforderungen an die Planung durch die Einbindung der naturschutzrechtlichen Eingriffsregelung in das Abwägungsgebot

Entsprechend dem Abwägungsgebot des § 1 Abs. 5 und 6 BauGB sind die Belange des Naturschutzes und der Landschaftspflege hinsichtlich des Vermeidungs- und Kompensationsgrundsatzes verfahrensmäßig und inhaltlich vollständig und abschließend auf der Ebene der Bauleitplanung zu klären. Es müssen deshalb alle anlagebedingten, betriebsbedingten und baubedingten Projektwirkungen prognostiziert werden. In der Bauleitplanung ist abschließend darüber zu entscheiden, ob sich die Eingriffe in Natur und Landschaft rechtfertigen lassen und ob und in welchem Umfang für unvermeidbare Beeinträchtigungen Kompensationsmaßnahmen notwendig sind. Die Gemeinde ist deshalb nach § 1 a Abs. 2 Nr. 2 und Abs. 3 BauGB verpflichtet, über alle Eingriffsfolgen bei der Aufstellung des Bebauungsplanes zu entscheiden.

Die Bewertung der Eingriffs- und der Kompensationsmaßnahmen sollte nach den Hinweisen zur Eingriffsregelung für Mecklenburg – Vorpommern in der Neufassung von 2018 erfolgen.

Die Bilanzierung ist entsprechend der 30m Pufferstreifen um die gesetzlich geschützten Biotope anzupassen.

Belange des speziellen Artenschutzes

Die Zuständigkeit für Entscheidungen nach § 44 BNatSchG befindet sich entsprechend § 6 des NatSchAG M-V bei den unteren Naturschutzbehörden.

Nach § 7 Abs. 2 Nr. 13 BNatSchG gelten folgende Arten als besonders geschützt:

- Arten der Anhänge A und B der EG-Verordnung 338/97
- Arten des Anhangs IV der FFH-Richtlinie 92/43/EWG
- Europäische Vogelarten
- Tier und Pflanzarten, die in einer Rechtsverordnung nach § 54 Abs. 1 aufgeführt sind;

Streng geschützt sind laut § 7 Abs. 2 Nr. 14 BNatSchG:

- Arten des Anhangs A der EG-Verordnung 338/97
- Arten des Anhangs IV der Richtlinie 92/43/EWG
- Tier und Pflanzenarten die in einer Rechtsverordnung nach § 54 Abs. 2 BNatSchG aufgeführt sind.

Nach § 44 Abs. 1 BNatSchG ist es verboten,

1. wildlebenden Tieren der besonders geschützten Arten nachzustellen, sie zu fangen, zu verletzen oder zu töten oder ihre Entwicklungsformen aus der Natur zu entnehmen, zu beschädigen oder zu zerstören,
2. wildlebende Tiere der streng geschützten Arten und der europäischen Vogelarten während der Fortpflanzungs-, Aufzucht-, Mauser-, Überwinterungs- und Wanderungszeiten erheblich zu stören; eine erhebliche Störung liegt vor, wenn sich durch die Störung der Erhaltungszustand der lokalen Population einer Art verschlechtert,
3. Fortpflanzungs- oder Ruhestätten der wild lebenden Tiere der besonders geschützten Arten aus der Natur zu entnehmen, zu beschädigen oder zu zerstören,
4. wildlebende Pflanzen der besonders geschützten Arten oder ihre Entwicklungsformen aus der Natur zu entnehmen, sie oder ihre Standorte zu beschädigen oder zu zerstören.

Die artenschutzrechtlichen Bestimmungen unterliegen nicht der gemeindlichen Abwägung. Bei Betroffenheit besonders oder streng geschützter Arten ist eine Ausnahme zu beantragen. Einer Ausnahme nach § 45 Abs. 7 BNatSchG dürfen die dort genannten Bestimmungen der EG-Vogelschutzrichtlinie und der FFH- Richtlinie nicht entgegenstehen.

Im Rahmen des B-Plan Verfahrens sind potenzielle artenschutzrechtliche Konflikte zu klären. Sofern eine umfangreiche Kartierung aus Zeitgründen ausgeschlossen wird, muss über eine Potentialanalyse die Beeinträchtigung von Arten und Artengruppen betrachtet werden. Es ist hierbei besonders auf das Tötungsverbot und Verbot zur Zerstörung von Fortpflanzungs- und Ruhestätten entsprechend § 44 Abs. 1 Nr. 1 und 3 BNatSchG, einzugehen. Die Hauptkonflikte sind bei den Amphibien, Reptilien und der Avifauna (Brutvögel, Feldlerche) zu erwarten. Entsprechende CEF Maßnahmen sind hinsichtlich ihrer Größe und Detaillierung zu begründen.

Der Bereich Fauna ist in einem separaten artenschutzrechtlichen Fachbeitrag (AFB) abzuarbeiten. Konflikte sind darzustellen und entsprechende Maßnahmen zur Vermeidung vorzuschlagen. Entsprechende Unterlagen sind zur Prüfung vorzulegen. Der artenschutzrechtliche Fachbeitrag (AFB) muss die Betroffenheiten der folgenden Artengruppen untersuchen: Avifauna, Reptilien, Amphibien, Säugetiere, Käfer, Weichtiere (Relevanzprüfung).

Feldlerche und weitere Bodenbrüter:

Das BfN (Raumbedarf und Aktionsräume von Arten, 2022) stuft die Feldlerche in die Klasse 2 ein, was einem mittleren Raumbedarf von 4 ha entspricht, d.h. 2.5 BP/10 ha. Dieser Wert ist für die Worst-Case Analyse zur Berechnung der potentiellen Brutpaare heranzuziehen. Für die CEF-Maßnahme kann man davon ausgehen, dass die Fläche ein optimaleres Habitat darstellt und ein Brutpaar eine kleinere Fläche in Anspruch nehmen muss, um erfolgreich brüten zu können. Hier kann ein Wert von 1 ha pro Brutpaar angenommen werden, das BfN gibt eine Spanne von 1- 10 ha an. Da die Entwicklung der Fläche nicht im Detail vorhergesagt werden kann, ist für die Berechnung des Brutplatzpotentials der CEF-Fläche der Wert von 1 ha zu verwenden. Die geplanten 3ha für 6 kartierte Feldlerchenbrutpaare (S.26 Artenschutzfachbeitrag) sind nicht ausreichend. Die CEF-Maßnahme muss dementsprechend angepasst werden.

Kranich:

Gemäß dem artenschutzrechtlichen Fachbeitrag (S.26) ist der Brutplatz 40-200m von der Baufläche entfernt. Laut Planzeichnung ist zwischen Nistplatz und Baufläche nur ein Abstand von 16m gegeben. Der Abstand von 40m zum Kranichbrutplatz ist nicht ausreichend.

Die Fluchtdistanz beträgt nach GASSNER et al. (2010) 500 m, so dass die Bereiche um die Schlafplätze großflächig von Störungen freizuhalten sind. Gemäß „*Methodenhandbuch zur Artenschutzprüfung in NRW-Bestandserfassung, Wirksamkeit von Artenschutzmaßnahmen und Monitoring – Aktualisierung 2020*“ muss sich die Maßnahmenflächen in weithin offener und störungsarmer Landschaft befinden, aufgrund des Meideverhaltens der Kraniche gegenüber Sichtbarrieren wie hohen geschlossenen Vertikalstrukturen (Waldränder, Siedlungen). Es ist davon auszugehen, dass der Brutplatz aufgegeben wird, wenn die Bebauung so nah an den Brutplatz heranreicht. Gemäß § 44 Abs. 3 ist es verboten, Fortpflanzungs- oder Ruhestätten der wild lebenden Tiere der besonders geschützten Arten aus der Natur zu entnehmen, zu beschädigen oder zu zerstören.

Die untere Naturschutzbehörde kann **keine** Ausnahmegenehmigung in Aussicht stellen, da es zumutbare Alternativen (Vergrößerung des Abstands zum Brutplatz) gegeben sind.

Der Abstand zwischen eingezäunten PV-Anlagen und Kranichbrutplatz ist auf **mindestens 100m** zu vergrößern. Die Planzeichnung ist dementsprechend anzupassen. Der Mindestabstand von 100m ergibt sich aus dem § 23 NatSchAG MV. Gemäß § 23 Abs 4 Ziff. 1 NatSchAG MV ist es zum Schutz der Kraniche verboten, im Umkreis von 100 Metern um den Standort (Horstschutzzone I) Bestockungen zu entfernen oder den Charakter des Gebietes sonst zu verändern. Für Kraniche, die in der bewirtschafteten freien Landschaft nisten, gilt der Brutplatz als Horstschutzzone I und der Umkreis von 200 Metern als Horstschutzzone II, in der sogar die Errichtung stationärer jagdlicher Einrichtungen verboten ist. Die Einschränkung der Horstschutzonenregelung für den Kranich setzt eine „bewirtschaftete freie“ Landschaft voraus. Im Umkehrschluss ist eine Veränderung des Charakters des Gebietes, die zu einer Bebauung und Beseitigung der freien Landschaft führt auch mit der Horstschutzonenregelung nicht vereinbar. Bei Unterschreitung eines Mindestabstandes von 100 m ist (unabhängig von der o.g. Horstschutzonenregelung) davon auszugehen, dass gegen artenschutzrechtliche Zugriffsverbote (Schädigungsverbot nach § 44 Abs. 1 Ziff. 3 des Gesetzes über Naturschutz und Landschaftspflege (Bundesnaturschutzgesetz – BNatSchG) vom 29.Juli 2009 (BGBl. 2009 S. 2542)) verstoßen wird, weil eine Fortpflanzungsstätte vom Kranich ihre Funktionsfähigkeit verliert, wenn die Planung in der vorliegenden Form umgesetzt wird. Eine Schafbeweidung in der Maßnahmenfläche M3 ist auszuschließen. Eine Beweidung setzt eine Umzäunung voraus. Dadurch sind die Kraniche mit ihren nicht flüggen Jungen in der Maßnahmenfläche gefangen.

Da die Einzäunung und die Errichtung der PV-Anlagen selbst bei der oben geforderten geänderten Variante noch innerhalb der Horstschutzzone II von 200 m liegen, ist außerdem eine auf den Kranich angepasste Bauzeitenregelung festzusetzen, da Kraniche an ihren Schlafplätzen sehr störungsempfindlich sind.

Artenblätter: Bei den Artenblättern für Feldlerche und Kranich ist anzugeben, dass CEF-Maßnahmen notwendig sind.

Gesetzlicher Baumschutz

Gemäß § 18 des Gesetzes des Landes Mecklenburg-Vorpommern zur Ausführung des Bundesnaturschutzgesetzes (Naturschutzausführungsgesetz – NatSchAG M-V) vom 23. Februar 2010 (GVOBl. M-V 2010, S. 66) sind alle Bäume mit einem Stammumfang von mehr als 100 Zentimetern (gemessen in 1,30 Meter Höhe vom Erdboden) gesetzlich geschützt.

Nach § 18 Abs. 2 NatSchAG M-V sind die Beseitigung geschützter Bäume sowie alle Handlungen, die zu ihrer Zerstörung, Beschädigung oder erheblichen Beeinträchtigung führen können, verboten.

Gemäß den Unterlagen sollen 41 Bäume gefällt und 80 Bäume gepflanzt werden. Es ist eine Tabelle für die zu fällenden Bäume zu erstellen, aus der sich Baumart und Stammumfang (in 1,30m Höhe) ergibt und welcher Kompensationsbedarf für jeden der zu fällenden Bäume besteht (Anlage 1 aus dem Baumschutzkompensationserlass (2007)).

Gesetzlicher Biotopschutz

Um die gesetzlich geschützten Biotope ist ein **Pufferstreifen von 30m** (in der Planung sind nur 5m vorgesehen) einzuhalten. Nur unter dieser Voraussetzung sind die Erhaltungsziele nach Vorgabe des § 20 Abs. 1 NatSchAG M-V zu gewährleisten. Die maximal zulässige Höhe der Modultische im SO wird auf 4,50m über Geländehöhe in Metern festgesetzt. Durch den geringen Abstand zu den gesetzlich geschützten Biotopen und der festgesetzten Maximalhöhe von 4,50m werden die Biotope verschattet. Durch die Verschattung kommt es zu einer Veränderung des charakteristischen Zustandes. Demzufolge ist bei einem Abstand von nur 5m ein Antrag auf Ausnahme vom gesetzlichen Biotopschutz gemäß § 20 Abs. 3 NatSchAG M-V zu stellen. Die untere Naturschutzbehörde kann **keine** Ausnahmegenehmigung in Aussicht stellen, da es zumutbare Alternativen (Puffer von 30m) gegeben sind. Entsprechend § 63 Gesetzes über Naturschutz und Landschaftspflege (Bundesnaturschutzgesetz – BNatSchG) vom 29. Juli 2009 in Verbindung mit § 30 des Gesetzes des Landes Mecklenburg-Vorpommern zur Ausführung des Bundesnaturschutzgesetzes (Naturschutzausführungsgesetz – NatSchAG M-V) vom 23. Februar 2010 (GVOBl. M-V 2010 S.66) in der jetzt gültigen Fassung, würde für die Ausnahmegenehmigung zusätzlich eine Verbandsbeteiligung notwendig werden.

Belange des gesetzlichen Biotopschutzes unterliegen nicht der gemeindlichen Abwägung.

Städtebaulicher Vertrag /Durchführungsvertrag

Bei der Ausführungsplanung für die Kompensationsmaßnahmen sind die ermittelten Anforderungen an die Funktionalität der Maßnahmen hinsichtlich der Eignung zu berücksichtigen und es ist der Naturraum (hier: Ostseeküstenland) zu berücksichtigen, in dem der Eingriff stattfindet.

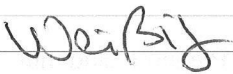
Privatnützigkeit und faktische Verfügbarkeit von Grund und Boden einerseits und Sozialgebundenheit andererseits sind abwägungsrelevante Belange von erheblicher Bedeutung und sind deshalb bei der Planung gebührend zu berücksichtigen. Das gilt nicht nur für Grundeigentum, auf dem Eingriffe in Natur und Landschaft stattfinden, sondern auch für Grundflächen, auf denen Kompensationsmaßnahmen realisiert werden können. Die Verfügbarkeit der Maßnahmenflächen ist deshalb auf der Ebene der Bauleitplanung abschließend zu

klären. Befindet sich die Kompensationsmaßnahme nicht auf dem Eingriffsgrundstück, ist der Nachweis der Flächenverfügbarkeit zu erbringen und die Maßnahmen sind durch Sicherung der Grunddienstbarkeit zugunsten der unteren Naturschutzbehörde des Landkreises Vorpommern-Greifswald und einer Vereinbarung zwischen dem Erschließungsträger, dem Grundstückseigentümer, der Gemeinde und der unteren Naturschutzbehörde vertraglich zu binden.

Es sind Regelungen zu treffen, die den Antragsteller verpflichten die Maßnahmen umzusetzen (Vertragsstrafen).

Dabei ist inhaltlich zu regeln, dass der Eigentümer der Grundstücke die Kompensationsmaßnahmen dauerhaft (erst mit der Aufhebung des Bebauungsplanes wird der Eingriff rückabgewickelt) für Zwecke des Naturschutzes zu sichern hat. Die Dienstbarkeit ist im Grundbuch in Abt. II an erster Rangstelle und vor Grundpfandrechten in Abteilung III einzutragen. Die Sicherung und der Nachweis der Flächenverfügbarkeit der Kompensationsmaßnahmen bzw. artenschutzrechtlichen Maßnahmen ist verbindlich zum Zeitpunkt des Beschlusses der Satzung des Bebauungsplanes bzw. vor Erklärung der Planreife nach § 33 BauGB sicherzustellen. Dazu ist der Nachweis eines notariellen Antrages zur Eintragung einer beschränkten persönlichen Dienstbarkeit und die Eingangsbestätigung des Grundbuchamtes nachzuweisen.

Vor Ergehen der abschließenden Stellungnahme ist der unteren Naturschutzbehörde der städtebauliche Vertrag vor Unterzeichnung, zur Prüfung vorzulegen. In dem Vertrag ist die Verpflichtung zur Umsetzung der Ausgleichsmaßnahmen i.S. der Eingriffsregelung als auch ggf. der CEF, VM und FCS Maßnahmen zu sichern. Die untere Naturschutzbehörde ist als Vertragspartner im städtebaulichen Vertrag zu führen.



Weißig
Sachgebiet Naturschutz



Landesforstanstalt
Mecklenburg-Vorpommern
Der Vorstand



LVB	AV	BM	HA
KÄ	SA	GA	BA

06. Juni 2023

Forstamt Jägerhof · Hainstraße 5 · 17493 Greifswald-Eldena

Forstamt Jägerhof

**Amt Lubmin
für die Gemeinde Wusterhusen
Geschwister-Scholl-Weg 15
17509 Lubmin**

Bearbeitet von: Herr Güntzel

Telefon: 03834 83610-0

Fax: 03994 235-410

E-Mail: jaegerhof@lfoa-mv.de

Aktenzeichen:
(GB10/7444.382_ Wusterhusen/2023-B-Plan7)

Greifswald-Eldena, 01.06.2023

Vorentwurf des Bebauungsplan Nr. 7 „Solarpark Wusterhusen zwischen Konerow und Pritzwald“ der Gemeinde Wusterhusen

- Ihr Schreiben vom 31.05.2023 - Vorentwurf mit Stand 03/2023; TÖB-Beteiligung

Stellungnahme der Landesforst M-V - Forstamt Jägerhof

Sehr geehrte Damen und Herren,

zum vorliegenden Vorentwurf mit Stand von 03/2023 des o.g. Bebauungsplans der Gemeinde Wusterhusen nehme ich als örtlich zuständige Verwaltungseinheit im Auftrag des Vorstandes der Landesforst Mecklenburg-Vorpommern als untere Forstbehörde wie folgt Stellung:

GRUNDLAGEN

Gemäß § 10 LWaldG¹ haben Träger öffentlicher Vorhaben bei Planungen und Maßnahmen, die eine Inanspruchnahme von Waldflächen vorsehen oder die in ihren Auswirkungen Waldflächen betreffen können, Entscheidungen nur im Einvernehmen mit der zuständigen Forstbehörde zu treffen.

Als **Wald im Sinne des § 2 LWaldG** gelten alle mit Waldgehölzen bestockten Flächen: zusammenhängender Bewuchs mit Waldgehölzen mit einer Mindestflächengröße von 2.000 m², einer mittleren Breite von 25 Metern und einer mittleren Höhe von 1,5 Metern oder einem Alter von 6 Jahren.

Durch den Vorentwurf des B-Plans Nr. 7 werden Waldflächen in Anspruch genommen. Im Geltungsbereich befinden sich Waldflächen im Sinne des § 2 LWaldG oder grenzen unmittelbar an diese an.

BEGRÜNDUNG

Die geplante Fläche des B-Plans erfasst im südlichen Bereich auf den Flurstücken 207 und 210/33 tlw. (Gem. Pritzwald Flur 1) Wald im Sinne des § 2 LWaldG M-V. Laut Planzeichnung befindet sich der Wald ca. 15 m innerhalb des Plangebietes. Im südwestlichen Bereich befindet sich eine Waldfläche entlang eines Fließgewässers hauptsächlich auf dem Flurstück 7 (Gem. Konerow Flur 1) sowie den angrenzenden Flurstücken. Bei beiden Waldflächen handelt es sich zusätzlich um gesetzlich geschützte Biotope. Der Waldabstand gilt als eingehalten, wenn die errichteten Module einen Abstand von 30 m zum vorhanden und geprägten Trauf des bestehenden Waldbestandes bilden. Der Waldabstand ist in den Planunterlagen einzuzeichnen. Zur Sicherung vor Windwurfschäden und Waldbrand ist dies unbedingt zu beachten, gegebenenfalls anzupassen. Der Waldrand und der Waldabstand sind auf der beigefügten Lageskizze dargestellt.

Die Kompensationsmaßnahme M1, hier Mahd, ist so umzusetzen, dass eine Beeinträchtigung der angrenzenden Waldfläche auszuschließen ist.

Unter Berücksichtigung vorgenannter Aspekte wird von Seiten der Forstbehörde vorerst kein Einvernehmen zum Vorentwurf des B-Plan Nr. 7 der Gemeinde Wusterhusen hergestellt.

HINWEISE

1. Diese Stellungnahme ergeht unbeschadet Rechte Dritter und berührt nicht die nach anderen Rechtsvorschriften erforderlichen Genehmigungen und sonstigen behördlichen Entscheidungen oder Anzeigen an andere Behörden.
2. Sofern der geforderte Waldabstand in die B-Planunterlagen übernommen wurde kann die Forstbehörde das Einvernehmen in Aussicht stellen.
3. Für Gehölze in der Landschaft, die nicht dem LWaldG unterliegen, liegt die Zuständigkeit bei der Unteren Naturschutzbehörde des Landkreises.
4. Bei Änderungen des B-Plans ist die Forstbehörde erneut zu beteiligen. Bei der Festsetzung von Kompensationsmaßnahmen, sind diese mit der Forstbehörde abzustimmen - z.B. könnten Anpflanzungen Genehmigungstatbestände für eine Erstaufforstung erfüllen oder Wald anderweitig in Anspruch genommen werden.
5. Bauleitpläne für PV-Freiflächenanlagen sind den Zielen der Raumordnung anzupassen. Zudem dürfen sie sonstigen Rechtsvorschriften nicht widersprechen. Deshalb sind u. a. folgende Flächen für die Planung von PV-Anlagen auszuschließen: Vorranggebiete, die im LEP oder in den RREP festgelegt sind (hierzu zählen u.a. auch Windeignungsgebiete, landesweit und regional bedeutsame gewerbliche und industrielle Großstandorte), nach Wasserhaushaltsgesetz (WHG) festgesetzte oder vorläufig gesicherte Überschwemmungsgebiete, Flächen zum Schutz bestimmter Teile von Natur und Landschaft (Naturmonumente, Natura 2000 Gebiete, Naturschutzgebiete), Wald im Sinne des Landeswaldgesetzes (LWaldG) einschl. der Waldabstandsflächen.

Mit freundlichen Grüßen
Im Auftrag

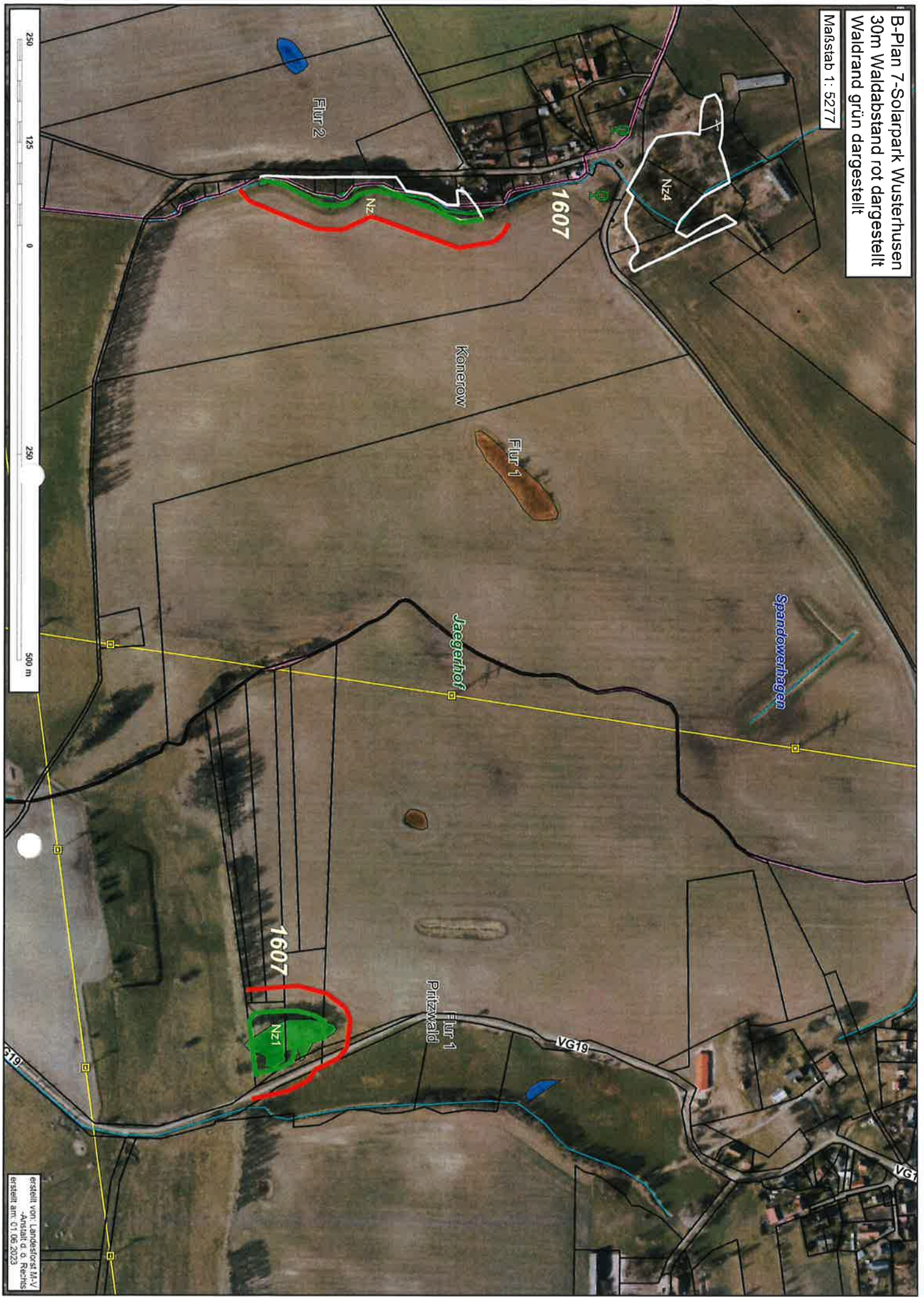


Hackert
Forstamtsleiter

¹ Landeswaldgesetz M-V (LWaldG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 27. Juli 2011 (GVOBl. M-V S. 870 letzte berücksichtigte Änderung: geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 22. Mai 2021 (GVOBl. M-V S. 794).

B-Plan 7-Solarpark Wusterhusen
30m Waldbestand rot dargestellt
Waldrand grün dargestellt

Maßstab 1 : 5277



erstellt von Landesforst M-V
Anlagen d. Rechts
bestimmt am 01.06.2023

**Staatliches Amt
für Landwirtschaft und Umwelt
Vorpommern**



StALU Vorpommern
Sitz des Amtsleiters: Dienststelle Stralsund,
Badenstraße 18, 18439 Stralsund

Vorab per E-Mail: m.hoffmann@amtlubmin.de

Telefon: 0385/ 588 68 203

Amt Lubmin
Bauamt
Geschwister-Scholl-Wag 5
17509 Lubmin



Bearbeitet von: Frau Biernat
Aktenzeichen:
20b-5121.12/75-146-048/23
(bitte bei Schriftverkehr angeben)

Ueckermünde, 08.06.2023

Stellungnahme als Träger öffentlicher Belange (§ 4 Abs.2 BauGB)

**Bebauungsplan Nr. 7 "Solarpark Wusterhusen zwischen Konerow und Pritzwald" Agri-PVA,
Gemeinde Wusterhusen**

Ihr Schreiben vom: 31.05.2023
Ihr Zeichen: Ho

Stellungnahme Abteilung Landwirtschaft und Flurneuordnungsbehörde

Sehr geehrte Damen und Herren,

dem o. g. Bebauungsplan stehen agrarstrukturelle Belange nicht entgegen, wenn auf der Vorhabenfläche tatsächlich eine landwirtschaftliche Tätigkeit ausgeübt wird.

Durch die Errichtung der Photovoltaikmodule sowie der damit verbundenen Bewirtschaftungseinschränkungen dürfen maximal 15 % der Vorhabenfläche einer landwirtschaftlichen Nutzung entzogen werden. Mindestens 85 % der Vorhabenfläche müssen weiterhin landwirtschaftlich nutzbar bleiben.

Um eine Nutzung der landwirtschaftlich nutzbaren Fläche nach Installation der Agri-PV-Anlage nachweislich sicherstellen zu können, muss während der Planung der Anlage ein Konzept zur landwirtschaftlichen Nutzung der Fläche (Landwirtschaftliches Nutzungskonzept) ausgearbeitet werden. Das landwirtschaftliche Nutzungskonzept muss die Inhalte und die Struktur nach der beigefügten Formvorlage (s. Anlage) enthalten. Das landwirtschaftliche Nutzungskonzept wird vom Landnutzer (Landwirt, Pächter) und dem EPC Unternehmer (Agri-PV-Errichter) gemeinsam erstellt (gezeichnet) und ist der Projektdokumentation beizufügen.

...

Allgemeine Datenschutzinformation:

Der Kontakt mit dem Staatlichen Amt für Landwirtschaft und Umwelt Vorpommern ist mit der Speicherung und Verarbeitung der von Ihnen ggf. mitgeteilten persönlichen Daten verbunden (Rechtsgrundlage:

Art. 6 Abs. 1 e DSGVO i.V.m. § 4 Abs. 1 DSG M-V). Weitere Informationen erhalten Sie unter www.regierung-mv.de/Datenschutz.

Hausanschrift:
Staatliches Amt für Landwirtschaft und Umwelt Vorpommern
Kastanienallee 13, 17373 Ueckermünde

Telefon: 0385 / 588 68 001
Telefax: 0385 / 588 68 700
E-Mail: poststelle@staluvp.mv-regierung.de

Neben allgemeinen Informationen zum Landwirtschaftsbetrieb (z. B. Besitzverhältnisse, Betriebsgröße und aktuelle Produktion) muss innerhalb dieses Nutzungskonzeptes auch ein Nutzungsplan vorgelegt werden, der detailliert beschreibt, welche Art der Nutzung in den drei Jahren nach Aufbau der Agri-PV-Anlage, bzw. innerhalb eines Fruchtfolgezyklus, geplant ist. Besonderes Augenmerk muss bei der Ausarbeitung auf folgende Punkte gelegt werden:

- Aufständigung,
- Flächenverlust,
- Bearbeitbarkeit,
- Lichtverfügbarkeit und -homogenität,
- Wasserverfügbarkeit,
- Bodenerosion,
- Rückstandlose Auf- und Rückbaubarkeit,
- Kalkulation der Wirtschaftlichkeit,
- Landnutzungseffizienz.

Für eine Stellungnahme hinsichtlich agrarstruktureller Belange ist demnach die Vorlage eines landwirtschaftlichen Nutzungskonzeptes nach DIN SPEC 91434 (s. Anlage) erforderlich.

Ich bitte Sie daher um die Herreichung des o. g. landwirtschaftlichen Nutzungskonzeptes.

Zu naturschutzrechtlichen und Umwelt-Belangen ergeht die Stellungnahmen gesondert von der Dienststelle Stralsund des StALU Vorpommern.

Mit freundlichen Grüßen

im Auftrag

i. V.


Domagalski

Anlage

Formularvorlage für ein landwirtschaftliches Nutzungskonzept

Anhang A (normativ)

Formularvorlage für ein landwirtschaftliches Nutzungskonzept

ANMERKUNG Die im Folgenden in Klammern aufgeführten Abschnittsnummern und die genannten Bezeichnungen der Kategorien von Agri-PV-Anlagen beziehen sich auf DIN SPEC 91434.

1. Allgemeine Betriebsinformationen

Name und Adresse des Unternehmens: _____

Name und Adresse der Kontaktperson: _____

Zutreffendes bitte ankreuzen: ☐ Eigentümer ☐ Pächter

Betriebstyp nach Agrarstrukturerhebung (Mehrfachnennung möglich):

☐ Ackerbaubetrieb

☐ Gemüsebaubetrieb

☐ Dauerkulturbetrieb

☐ Futterbaubetrieb

☐ Veredlungsbetrieb

☐ Gemischtbetrieb

☐ Sonstiges

Betriebsgröße: _____

2. Informationen zur Agri-PV-Anlage

Name und Adresse des Besitzers (falls nicht Eigentümer des Landwirtschaftsbetriebs): _____

Name und Adresse des Betreibers der Agri-PV-Anlage: _____

Kategorie der Agri-PV-Anlage (Aufständigung und Nutzung, siehe Abschnitt 4): _____

Lichte Höhe der Agri-PV-Anlage (5.2.2): _____

Spezifische PV-Leistung in (kWp DC): _____

3. Informationen zur Gesamtprojektfläche

Größe der Gesamtprojektfläche (Ort, Größe, Schlagnummer) (siehe Definition 3.3): _____

Voraussichtlicher Flächenverlust, der sich durch die Errichtung der Agri-PV-Anlage ergibt (5.2.3): _____

Größe der landwirtschaftlich nutzbaren Fläche (siehe Definition 3.4): _____

4. Nutzungsplan für die landwirtschaftliche Fläche mit Agri-PV-Anlage

(für drei Jahre oder einen Fruchtfolgezyklus)

Auszufüllen bei landwirtschaftlicher Nutzung nach Kategorie 1A, 1B, 1C, 1D oder 2A, 2B, 2C, 2D:

Listung der geplanten Fruchtfolge bzw. Dauerkultur(en) und deren Aussaat-/Erntezeitpunkte:

Listung der geplanten Pflanzenschutzmaßnahmen (unter Berücksichtigung möglicher Beschädigungen der Agri-PV-Anlage durch z. B. Korrosion):

Geplante Maschinen- und Arbeitsbreiten (Berücksichtigung des Wendekreises/Vorgewende und der Arbeitshöhen) (5.2.4):

Ist die Bearbeitbarkeit mit den benötigten Maschinen in Bezug auf das Anlagendesign sichergestellt? (5.2.4)

Lichtbedürfnis der Kulturpflanzen (5.2.5):

Ist das Lichtbedürfnis der Kulturpflanzen aufgrund des Anlagendesigns sichergestellt (5.2.5)? Erläuterungen hinzufügen

Wasserbedürfnis der Kulturpflanzen (5.2.6):

Ist die optimale Wasserversorgung in aufgrund des Anlagendesigns sichergestellt (5.2.6)? Erläuterungen hinzufügen

Zusätzlich auszufüllen bei landwirtschaftlicher Nutzung nach Kategorie 1D oder 2D:

Tierart und deren Nutzung:

Fläche und Zeitraum der Weidenutzung:

Spezifische Voraussetzungen für die Tierhaltung (Umzäunung, Unterstand usw.):

5. Bodenerosion und Verschlammung des Oberbodens

Maßnahmen zur Reduzierung von Bodenerosion und Oberbodenverschlammung (5.2.7):

6. Rückstandslose Auf- und Rückbaubarkeit

Maßnahmen zur Reduzierung dauerhafter Beschädigung der landwirtschaftlichen Fläche (5.2.8):

7. Kalkulation der Wirtschaftlichkeit (5.2.9)

Referenzertrag (dt/ha):

Prognose des Ernteertrags (dt/ha):

Prognose des Stromertrags (kWh/ha):

Erläuterungen zu den Prognosen (z. B. Qualitätsminderungen/Qualitätssteigerung):

Wirtschaftlichkeit aus Sicht des Landwirts:

8. Landnutzungseffizienz (5.2.10)

Literaturhinweise

[1] Verordnung (EU) Nr. 1307/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates, Artikel 4(1)²

[2] Verordnung (EU) Nr. 1306/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates³

DIN 1052-10, *Herstellung und Ausführung von Holzbauwerken — Teil 10: Ergänzende Bestimmungen*

DIN CLC/TS 61836 (VDE V 0126-7), *Photovoltaische Solarenergiesysteme — Begriffe, Definitionen und Symbole*

DIN EN 1990, *Eurocode — Grundlagen der Tragwerksplanung*

DIN EN 1991-1-1, *Eurocode 1: Einwirkungen auf Tragwerke — Teil 1-1: Allgemeine Einwirkungen auf Tragwerke — Wichten, Eigengewicht und Nutzlasten im Hochbau*

DIN EN 1991-1-2, *Eurocode 1: Einwirkungen auf Tragwerke — Teil 1-2: Allgemeine Einwirkungen — Brandeinwirkungen auf Tragwerke*

DIN EN 1991-1-3, *Eurocode 1: Einwirkungen auf Tragwerke — Teil 1-3: Allgemeine Einwirkungen, Schneelasten*

DIN EN 1991-1-4, *Eurocode 1: Einwirkungen auf Tragwerke — Teil 1-4: Allgemeine Einwirkungen — Windlasten*

DIN EN 1991-1-5, *Eurocode 1: Einwirkungen auf Tragwerke — Teil 1-5: Allgemeine Einwirkungen — Temperatureinwirkungen*

DIN EN 1991-1-6, *Eurocode 1: Einwirkungen auf Tragwerke — Teil 1-6: Allgemeine Einwirkungen, Einwirkungen während der Bauausführung*

DIN EN 1991-1-7, *Eurocode 1: Einwirkungen auf Tragwerke — Teil 1-7: Allgemeine Einwirkungen — Außergewöhnliche Einwirkungen*

DIN EN 1992-1-1, *Eurocode 2: Bemessung und Konstruktion von Stahlbeton- und Spannbetontragwerken — Teil 1-1: Allgemeine Bemessungsregeln und Regeln für den Hochbau*

DIN EN 1992-1-2, *Eurocode 2: Bemessung und Konstruktion von Stahlbeton- und Spannbetontragwerken — Teil 1-2: Allgemeine Regeln — Tragwerksbemessung für den Brandfall*

DIN EN 1993-1-1, *Eurocode 3: Bemessung und Konstruktion von Stahlbauten — Teil 1-1: Allgemeine Bemessungsregeln und Regeln für den Hochbau*

DIN EN 1993-1-2, *Eurocode 3: Bemessung und Konstruktion von Stahlbauten — Teil 1-2: Allgemeine Regeln — Tragwerksbemessung für den Brandfall*

² [Zugriff am 2020-12-10]. Verfügbar unter: <https://eur-lex.europa.eu/>

³ [Zugriff am 2020-12-10]. Verfügbar unter: <https://eur-lex.europa.eu/>

DIN EN 1993-1-3, Eurocode 3: Bemessung und Konstruktion von Stahlbauten — Teil 1-3: Allgemeine Regeln — Ergänzende Regeln für kaltgeformte Bauteile und Bleche

DIN EN 1993-1-4, Eurocode 3: Bemessung und Konstruktion von Stahlbauten — Teil 1-4: Allgemeine Bemessungsregeln — Ergänzende Regeln zur Anwendung von nichtrostenden Stählen

DIN EN 1993-1-5, Eurocode 3: Bemessung und Konstruktion von Stahlbauten — Teil 1-5: Plattenförmige Bauteile

DIN EN 1993-1-6, Eurocode 3: Bemessung und Konstruktion von Stahlbauten — Teil 1-6: Festigkeit und Stabilität von Schalen

DIN EN 1993-1-7, Eurocode 3: Bemessung und Konstruktion von Stahlbauten — Teil 1-7: Plattenförmige Bauteile mit Querbelastrung

DIN EN 1993-1-8, Eurocode 3: Bemessung und Konstruktion von Stahlbauten — Teil 1-8: Bemessung von Anschlüssen

DIN EN 1993-1-9, Eurocode 3: Bemessung und Konstruktion von Stahlbauten — Teil 1-9: Ermüdung

DIN EN 1993-1-10, Eurocode 3: Bemessung und Konstruktion von Stahlbauten — Teil 1-10: Stahlsorten- auswahl im Hinblick auf Bruchzähigkeit und Eigenschaften in Dickenrichtung

DIN EN 1993-1-11, Eurocode 3: Bemessung und Konstruktion von Stahlbauten — Teil 1-11: Bemessung und Konstruktion von Tragwerken mit Zuggliedern aus Stahl

DIN EN 1993-1-12, Eurocode 3: Bemessung und Konstruktion von Stahlbauten — Teil 1-12: Zusätzliche Regeln zur Erweiterung von EN 1993 auf Stahlgüten bis S700

DIN EN 1993-2, Eurocode 3: Bemessung und Konstruktion von Stahlbauten — Teil 2: Stahlbrücken

DIN EN 1995-1-1, Eurocode 5: Bemessung und Konstruktion von Holzbauten — Teil 1-1: Allgemeines — Allgemeine Regeln und Regeln für den Hochbau

DIN EN 1995-1-2, Eurocode 5: Bemessung und Konstruktion von Holzbauten — Teil 1-2: Allgemeine Regeln — Tragwerksbemessung für den Brandfall

DIN EN 1997-1, Eurocode 7: Entwurf, Berechnung und Bemessung in der Geotechnik — Teil 1: Allgemeine Regeln

DIN EN 1997-2, Eurocode 7: Entwurf, Berechnung und Bemessung in der Geotechnik — Teil 2: Erkundung und Untersuchung des Baugrunds

DIN EN 50583-1 (VDE 0126-210-1), Photovoltaik im Bauwesen — Teil 1: BIPV-Module

DIN EN 60269-6 (VDE 0636-6), Niederspannungssicherungen — Teil 6: Zusätzliche Anforderungen an Sicherungseinsätze für den Schutz von solaren photovoltaischen Energieerzeugungssystemen

DIN EN 60891 (VDE 0126-6), Photovoltaische Einrichtungen — Verfahren zur Umrechnung von gemessenen Strom-Spannungs-Kennlinien auf andere Temperaturen und Bestrahlungsstärken

DIN EN 61215-1 (VDE 0126-31-1), Terrestrische Photovoltaik-(PV-)Module — Bauarteignung und Bauart- zulassung — Teil 1: Prüfanforderungen

DIN EN 61215-1-1 (VDE 0126-31-1-1), *Terrestrische Photovoltaik(PV)-Module — Bauarteignung und Bauartzulassung — Teil 1-1: Besondere Anforderungen an die Prüfung von kristallinen Silizium-Photovoltaik(PV)-Modulen*

DIN EN 61215-1-2 (VDE 0126-31-1-2), *Terrestrische Photovoltaik(PV)-Module — Bauarteignung und Bauartzulassung — Teil 1-2: Besondere Anforderungen an die Prüfung von Photovoltaik(PV)-Dünnschichtmodulen aus Cadmiumtellurid (CdTe)*

DIN EN 61215-1-3 (VDE 0126-31-1-3), *Terrestrische Photovoltaik(PV)-Module — Bauarteignung und Bauartzulassung — Teil 1-3: Besondere Anforderungen an die Prüfung von Photovoltaik(PV)-Dünnschichtmodulen aus amorphem Silizium*

DIN EN 61215-1-4 (VDE 0126-31-1-4), *Terrestrische Photovoltaik(PV)-Module — Bauarteignung und Bauartzulassung — Teil 1-4: Besondere Anforderungen an die Prüfung von Photovoltaik(PV)-Dünnschichtmodulen aus Cu(In,Ga)(S,Se) 2*

DIN EN 61557-8 (VDE 0413-8), *Elektrische Sicherheit in Niederspannungsnetzen bis AC 1 000 V und DC 1 500 V — Geräte zum Prüfen, Messen oder Überwachen von Schutzmaßnahmen — Teil 8: Isolationsüberwachungsgeräte für IT-Systeme*

DIN EN 61557-9 (VDE 0413-9), *Elektrische Sicherheit in Niederspannungsnetzen bis AC 1 000 V und DC 1 500 V — Geräte zum Prüfen, Messen oder Überwachen von Schutzmaßnahmen — Teil 9: Einrichtungen zur Isolationsfehlersuche in IT-Systemen*

DIN EN 61701 (VDE 0126-8), *Salznebel-Korrosionsprüfung von photovoltaischen (PV-)Modulen*

DIN EN 61829 (VDE 0126-24), *Photovoltaische (PV) Modulgruppen — Messen der Strom-Spannungs-Kennlinien am Einsatzort*

DIN EN 61853-1 (VDE 0126-34-1), *Prüfung des Leistungsverhaltens von photovoltaischen (PV-)Modulen und Energiebemessung — Teil 1: Leistungsmessung in Bezug auf Bestrahlungsstärke und Temperatur sowie Leistungsbemessung*

DIN EN 61853-2 (VDE 0126-34-2), *Prüfung des Leistungsverhaltens von Photovoltaik(PV-)Modulen und Energiebemessung — Teil 2: Messung der spektralen Empfindlichkeit, des Einfallswinkels und der Modul-Betriebstemperatur*

DIN EN 62423 (VDE 0664-40), *Fehlerstrom-/Differenzstrom-Schutzschalter Typ F und Typ B mit und ohne eingebautem Überstromschutz für Hausinstallationen und für ähnliche Anwendungen*

DIN EN 62446-1 (VDE 0126-23-1), *Photovoltaik (PV)-Systeme — Anforderungen an Prüfung, Dokumentation und Instandhaltung — Teil 1: Netzgekoppelte Systeme - Dokumentation, Inbetriebnahmeprüfung und Prüfanforderungen*

DIN EN 62446-2 (VDE 0126-23-2)⁴, *Photovoltaik(PV)-Systeme — Anforderungen an Prüfung, Dokumentation und Instandhaltung — Teil 2: Netzgekoppelte Systeme — Instandhaltung von PV-Systemen*

DIN EN 62716 (VDE 0126-39), *Photovoltaische (PV-)Module — Ammoniak-Korrosionsprüfung*

DIN EN 62852 (VDE 0126-300), *Steckverbinder für Gleichspannungsanwendungen in Photovoltaik-Systemen — Sicherheitsanforderungen und Prüfungen*

4 Z. Zt. noch im Entwurf.

DIN EN 63092-1 (VDE 0126-210-1)⁵, Photovoltaik im Bauwesen — Teil 1: Gebäudeintegrierte Photovoltaik-Module

DIN EN IEC 61730-1 (VDE 0126-30-1), Photovoltaik(PV)-Module — Sicherheitsqualifikation — Teil 1: Anforderungen an den Aufbau

DIN EN IEC 61730-2 (VDE 0126-30-2), Photovoltaik(PV)-Module — Sicherheitsqualifikation — Teil 2: Anforderungen an die Prüfung

DIN IEC/TS 62782 (VDE V 0126-46), Photovoltaik(PV)-Module — Zyklische (dynamische) mechanische Belastungsprüfung

DIN IEC/TS 62804-1 (VDE V 0126-37-1), Photovoltaik(PV)-Module — Prüfverfahren für die Erkennung von spannungsinduzierter Degradation — Teil 1: Kristallines Silicium

DIN IEC/TS 63019 (VDE V 0126-19)⁶, Informationsmodell für die Verfügbarkeit photovoltaischer Energiesysteme

DIN VDE 0100 (VDE 0100) (alle Teile), Errichten von Niederspannungsanlagen

DIN VDE 0105-100 (VDE 0105-100), Betrieb von elektrischen Anlagen — Teil 100: Allgemeine Festlegungen

IEC TS 63049, Terrestrial photovoltaic (PV) systems — Guidelines for effective quality assurance in PV systems installation, operation and maintenance

IEC/TR 60904-14, Photovoltaic devices — Part 14: Guidelines for production line measurements of single-junction PV module maximum power output and reporting at standard test conditions

VdS 3145, Photovoltaikanlagen

5 Zurückgezogen.

6 Z. Zt. noch im Entwurf.

Wasser- und Bodenverband „Ryck-Ziese“

Der Verbandsvorsteher

WBV „Ryck-Ziese“, An der Mühle 4, 17493 Greifswald

**Amt Lubmin
Der Amtsvorsteher
für die Gemeinde Wusterhusen
Geschwister-Scholl-Weg 15**

17509 Lubmin



Bearbeiter/-in:	Frau Bodenhausen
Telefon:	03834/88 724 91
E-Mail:	Bodenhausen@wbv-mv.de
Aktenzeichen:	2023/036
Datum:	20. Juni 2023

Stellungnahme zum Vorentwurf des Bebauungsplanes Nr. 7 „Solarpark Wusterhusen zwischen Konerow und Pritzwald“ der Gemeinde Wusterhusen

Frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung

Ihre Mail vom 31.05.2023 mit Anschreiben und Planunterlagen

Sehr geehrte Damen und Herren,

der Bebauungsplan grenzt im Westen an den **54 Konerower Dorfgraben** an. Im Bereich des Planes sind die **Vorfluter 54/1/001 und 54/1/004** betroffen, die sich in unserer Unterhaltungslast befinden. Der Vorflutgraben 54/1/001 ist zum größten Teil verrohrt. Wir weisen ausdrücklich darauf hin, dass es für das Wiederöffnen eines verrohrten Grabens Fördermittel gibt. Ausbaupflichtig für Gewässer II. Ordnung sind die Gemeinden. Der alte Verlauf des Grabens ist an den Flurstücken noch erkennbar.

Nach den uns vorliegenden Unterlagen wird der vorliegende Entwurf abgelehnt.

Folgendes muss geändert bzw. eingehalten werden:

1. Es werden nicht alle Vorflutgräben in der Begründung oder im Umweltbericht erwähnt. Es fehlen die Gewässerrandstreifen von 5 m an den offenen Vorflutern. Der Gewässerrandstreifen (5 m ab Böschungsoberkante bzw. ab Rohrleitungssachse bei verrohrten Gewässern) soll in seiner Funktion nach erhalten bleiben (siehe dazu § 38 des Wasserhaushaltsgesetzes WHG und § 29 der Satzung des WBV „Ryck-Ziese“). Anlagen an Gewässern sind so zu errichten, zu betreiben, zu unterhalten und stillzulegen, dass keine schädlichen Gewässerveränderungen zu erwarten sind und die Gewässerunterhaltung nicht mehr erschwert wird (§ 36 WHG). In der Begründung muss deshalb unter Fließgewässer stehen:

„Gemäß § 38 Wasserhaushaltsgesetz (WHG) wird ab der Böschungsoberkante bzw. ab der Rohrleitungssachse bei den Gewässern ein 5 Meter breiter Gewässerrandstreifen festgesetzt, der der Sicherung des Wasserabflusses sowie der Gewässerunterhaltung dient. Im Gewässerrandstreifen dürfen keine baulichen Anlagen errichtet werden.“

2. Auch der Altlauf des verrohrten Grabens muss mit mindestens 15 m Breite von jeglicher Bebauung freigehalten werden.

3. Da die Lage des verrohrten Gewässers 54/1/001 nicht eindeutig bestimmbar ist, müssen vorab alle Unterflurschächte aufgesucht und eingemessen werden.

4. In der Begründung muss außerdem stehen:

„Zäune dürfen die Unterhaltung nicht erschweren (§ 29 Absatz 3 Satzung WBV „Ryck-Ziese“). Die Zuwegung mit maschineller Technik zu den Gewässern (offen oder verrohrt) muss erhalten bzw. gegeben sein. Querzäune müssen im Bereich der Unterhaltungstrasse ein Tor mit einer Minstdurchfahrbreite von 4 m aufweisen. Wenn diese verschlossen sind, muss der Verband einen Schlüssel erhalten. Die gesetzlich festgelegten Duldungspflichten für Gewässerunterhaltungsarbeiten sind zu beachten. Dazu zählen das Betreten und die vorübergehende Nutzung von Grundstücken durch den Verband und deren beauftragten Unternehmen.“

Hinweis Dränage:

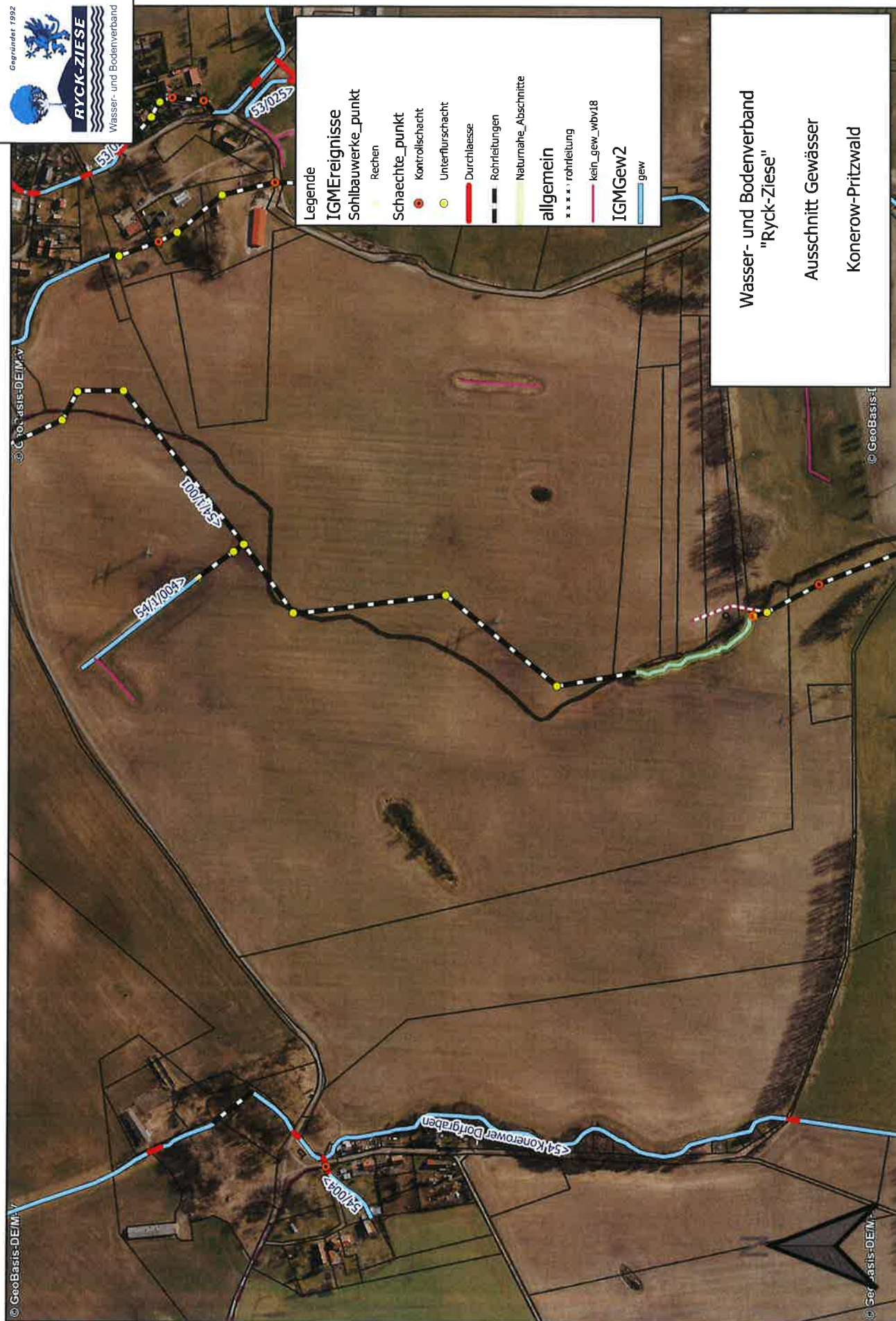
Die Flächen sind dräniert. Die Funktion der Dränagen ist sicherzustellen. Für die Dränagen sind die jeweiligen Eigentümer bzw. Nutzer zuständig.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag



Bodenhagen
Geschäftsführerin



Wasser- und Bodenverband
"Ryck-Ziese"

Ausschnitt Gewässer

Konerow-Pritzwald

20.06.2023

© Geobasis-DE/M-V: dl-de/bv-2-0

1:6.000

**Staatliches Amt
für Landwirtschaft und Umwelt
Vorpommern**



StALU Vorpommern
Sitz des Amtsleiters: Dienststelle Stralsund,
Badenstraße 18, 18439 Stralsund

Vorab per E-Mail: m.hoffmann@amtlubmin.de

Telefon: 0385/ 588 68 203

Amt Lubmin
Bauamt
Geschwister-Scholl-Wag 5
17509 Lubmin

Amt Lubmin Eingegangen 22. Juni 2023			
LVB	AV	BM	HA
KÄ	SA	OA	BA

Bearbeitet von: Frau Biernat
Aktenzeichen:
20b-5121.12/75-146-048/23
(bitte bei Schriftverkehr angeben)

Ueckermünde, 20.06.2023

Stellungnahme als Träger öffentlicher Belange (§ 4 Abs.2 BauGB)

**Bebauungsplan Nr. 7 "Solarpark Wusterhusen zwischen Konerow und Pritzwald" Agri-PVA,
Gemeinde Wusterhusen**

Ihr Schreiben vom: 31.05.2023
Ihr Zeichen: Ho
Mein Schreiben vom: 08.06.2023

Stellungnahme Abteilung Landwirtschaft und Flurneuordnungsbehörde

Sehr geehrte Damen und Herren,

dem o. g. Bebauungsplan stehen agrarstrukturelle Belange nicht entgegen.

Nach Vorlage des landwirtschaftlichen Nutzungskonzeptes kann davon ausgegangen werden, dass auf der Vorhabenfläche tatsächlich eine landwirtschaftliche Tätigkeit ausgeübt wird. Konkrete Wirtschaftlichkeitsnachweise waren nicht vorzulegen. Da Umnutzungen grundsätzlich zulässig sind, kann der Deckungsbeitrag nach Installation einer Solaranlage durchaus unter dem Niveau des vorherigen liegen.

Laut vorliegendem Projekt soll Ackerland zu Grünland für eine Schafbeweidung umgenutzt werden. Der Vorhabenträger ist darauf hinzuweisen, dass hier das Dauergrünlanderhaltungsgesetz uneingeschränkt gilt.

Allgemeine Datenschutzinformation:

Der Kontakt mit dem Staatlichen Amt für Landwirtschaft und Umwelt Vorpommern ist mit der Speicherung und Verarbeitung der von Ihnen ggf. mitgeteilten persönlichen Daten verbunden (Rechtsgrundlage:

Art. 6 Abs. 1 e DSGVO i.V.m. § 4 Abs. 1 DSG M-V). Weitere Informationen erhalten Sie unter www.regierung-mv.de/Datenschutz.

Hausanschrift:

Staatliches Amt für Landwirtschaft und Umwelt Vorpommern
Kastanienallee 13, 17373 Ueckermünde

Telefon: 0385 / 588 68 001

Telefax: 0385 / 588 68 700

E-Mail: poststelle@staluvp.mv-regierung.de

Das bedeutet, ein Umbruch des Grünlandes nach spätestens fünf Jahren ist Voraussetzung für den Erhalt des Status 'Ackerland, und zwar auf der gesamten landwirtschaftlich genutzten Fläche (mindestens 85% der Gesamtfläche).

Anderenfalls wird die Fläche zu Dauergrünland. Eine Rückführung in den Status Ackerland ist nach Nutzung der Fläche als Agri-PV dann nicht mehr möglich.

Ich empfehle daher, diesbezüglich eine Abstimmung mit dem Eigentümer der überplanten Flächen zu treffen.

Zu naturschutzrechtlichen und Umwelt-Belangen ergeht die Stellungnahmen gesondert von der Dienststelle Stralsund des StALU Vorpommern.

Mit freundlichen Grüßen

im Auftrag
i.V.



Domagalski

Nachrichtlich
sabrina.schulz@anumar.de

**Landesamt für Kultur und
Denkmalpflege
Mecklenburg-Vorpommern**



Landesamt für Kultur und Denkmalpflege
Postfach 111252 19011 Schwerin

Auskunft erteilt: DenkmalGIS
Telefon: 0385 588 79 100
e-mail: poststelle@lakd-mv.de
Aktenzeichen: 230531_010002E02
Schwerin, den 14.06.2023

Amt Lubmin

Geschwister-Scholl-Weg 15

17509 Lubmin

Verfahren: Beteiligung der Träger öffentlicher Belange

Ihr Schreiben vom 31.05.2023

Ihr Aktenzeichen kein

Gemeinde Wusterhusen

Grundstueck Solarpark Wusterhusen zwischen Konerow und Pritzwald

Georeferenz kein

Vorhaben Bebauungsplan Nr. 7

Hier eingegangen 31.05.2023 09:44:00

Diese Stellungnahme erfolgt in Wahrnehmung der Aufgaben und Befugnisse der Landesdenkmalfachbehörde und als Träger öffentlicher Belange (§ 4 (2) Pkt. 6 DSchG MV).

Nach gegenwärtigem Kenntnisstand werden im Plangebiet mehrere Bodendenkmale vermutet. Darüber hinaus werden in der Umgebung des Plangebietes mehrere Bodendenkmale vermutet.

Gemäß DSchG MV sind bekannte bzw. vermutete Bodendenkmale in die Denkmallisten einzutragen. Die Denkmallisten sind getrennt nach Bodendenkmalen, Baudenkmalen und beweglichen Denkmalen zu führen. Der Eigentümer und die Gemeinde sind von der Eintragung aller Denkmale in die jeweiligen Denkmallisten zu benachrichtigen. Veränderungen an den Denkmallisten dürfen nur nach Anhörung der Denkmalfachbehörde vorgenommen werden.

Zuständige Behörde für die Führung der Denkmalliste ist gemäß § 5 DSchG MV die jeweilige untere Denkmalschutzbehörde. Verbindliche amtliche Auskünfte zu tatsächlichen Bau- und Bodendenkmalen auf der Denkmalliste, das sind ausschließlich jene, die in einem eigens dafür durchgeführten geordneten Verfahren zur Aufnahme auf die Denkmalliste gemäß DSchG MV aufgenommen worden sind, können Sie daher nur dort erhalten.

Die Denkmallisten stehen bei den unteren Denkmalschutzbehörden jedermann zur Einsicht offen. Die Denkmallisten für Bodendenkmale und bewegliche Denkmale können nur von demjenigen eingesehen werden, der ein berechtigtes Interesse

Hausanschriften:

Landesamt für Kultur und Denkmalpflege Mecklenburg-Vorpommern
Verwaltung Landesbibliothek Landesdenkmalpflege

Domhof 4/5
19055 Schwerin
Tel.: 0385 588 79 111

Johannes-Stelling-Str. 29
19053 Schwerin
Tel.: 0385 588 79 210

Domhof 4/5
19055 Schwerin
Tel.: 0385 588 79 101

Landesarchäologie
Domhof 4/5
19055 Schwerin
Tel.: 0385 588 79 101

Landesarchiv
Graf-Schack-Allee 2
19053 Schwerin
Tel.: 0385 588 79 410

<http://www.kulturerbe-mv.de> E-Mail: poststelle@lakd-mv.de Fax: 0385 588 79 344

nachweist (siehe § 5 DSchG MV).

Im Plangebiet ist kein Grabungsschutzgebiet gemäß § 14 DSchG M-V ausgewiesen.

Die gegenwärtig im Land bekannten bzw. vermuteten Bodendenkmale machen nur einen kleinen Teil der tatsächlich vorhandenen Bodendenkmale aus. Daher muss stets mit dem Vorhandensein weiterer, derzeit noch unentdeckter Bodendenkmale gerechnet werden. Auch diese Bodendenkmale sind gemäß § 5 (2) DSchG M-V gesetzlich geschützt. Die §§ 6, 7, 8 und 9 DSchG M-V gelten jedoch für bewegliche Denkmale nur, wenn sie in die Denkmalliste eingetragen sind.

Um die Auswirkungen des Vorhabens auf Kultur- und Sachgüter zu ermitteln, zu beschreiben und zu bewerten (siehe dazu etwa §§ 1,2 und 2a BauGB sowie § 2 Abs. 1 UVPg), reichen die vorliegenden Informationen nicht aus.

Da die bekannten Bodendenkmale nicht den tatsächlichen Bestand der Bodendenkmale widerspiegeln, sollten auf Kosten des Vorhabenträgers frühzeitig durch geeignete Fachfirmen mit anerkannten Prüfmethode(n) (archäologische Voruntersuchung mittels einer ausreichenden Anzahl von Sondageschnitten) Untersuchungen zum tatsächlichen Bestand der Bodendenkmale durchgeführt werden. Erst auf Grundlage dieser vom Vorhabenträger ggf. gemäß § 2 Abs. 4 Sätze 2 und 3 BauGB bzw. § 6 Abs. 1 UVPg (nach Maßgabe der Anlage 1 UVPg) bereitzustellenden entscheidungserheblichen Unterlagen können dann die Auswirkungen des Vorhabens auf die Bodendenkmale zuverlässig beschrieben und bewertet werden.

Dadurch erhöht sich auch die Planungssicherheit erheblich, weil Verzögerungen des Vorhabens durch die Entdeckung bislang unbekannter Bodendenkmale (§ 11 Abs. 3 DSchG M-V) während der Durchführung des Vorhabens vermieden werden.

Denn wenn bei Erdarbeiten neue Bodendenkmale oder auffällige Bodenverfärbungen entdeckt werden, sind diese gemäß § 11 (1), (2), (3) DSchG M-V der unteren Denkmalschutzbehörde unverzüglich anzuzeigen und der Fund und die Fundstelle in unverändertem Zustand zu erhalten. Die Verpflichtung erlischt fünf Werktage nach Zugang der Anzeige, bei schriftlicher Anzeige spätestens nach einer Woche. Die untere Denkmalschutzbehörde kann die Frist im Rahmen des für den Vorhabenträger Zumutbaren verlängern, wenn die sachgerechte Untersuchung oder die Bergung des Denkmals durch die Denkmalbehörden oder deren Beauftragte dies erfordert. Die Anzeigepflicht besteht für den Entdecker, den Leiter der Arbeiten, den Grundeigentümer sowie zufällige Zeugen, die den Wert des Fundes erkennen.

HINWEIS auf die Handreichung "Kulturgüter in der Planung":

Für die Berücksichtigung des kulturellen Erbes in Umwelt- und Umweltverträglichkeitsprüfungen wird auf die Handreichung "Kulturgüter in der Planung" verwiesen:

UVP-Gesellschaft e.V. (Hg.): Kulturgüter in der Planung. Handreichung zur Berücksichtigung des Kulturellen Erbes bei Umweltprüfungen, Köln 2014.

https://www.lvr.de/media/wwwlvrde/kultur/kulturlandschaft/dokumente_193/UVP-Kulturgueter_in_der_Planung.pdf

HINWEIS zum Denkmalschutzgesetz des Landes Mecklenburg-Vorpommern:

Die Denkmalfachbehörde, das Landesamt für Kultur und Denkmalpflege, stellt den für die Führung der Denkmallisten gemäß § 5 DSchG MV zuständigen unteren

Denkmalschutzbehörden den Stand der Erfassung (Inventarisierung) der Bodendenkmale als Kartengrafiken und seit 2010 tagesaktuell über einen Web-Map-Service (WM-Dienst) zur Verfügung. Die Bodendenkmale sind dabei lediglich als unregelmäßige Flächen oder als Kreisflächen ausgewiesen.

Dabei ist bei den lediglich als Flächen, die sich mitunter überlappen, ausgewiesenen Bodendenkmalen von vornherein klar, dass es sich bei diesen Flächen

um vermutete Bodendenkmale handelt.

Denn tatsächliche Bodendenkmale haben drei Dimensionen (nicht nur zwei) und müssen, um den Status tatsächliche Bodendenkmale gemäß DSchG MV zu erhalten, von den Behörden als Körper mindestens so genau bestimmt sein, dass sich die Körper nicht gegenseitig durchdringen, von der für die Führung der Denkmalliste zuständigen Vollzugsbehörde nach förmlicher Anhörung der Landesdenkmalfachbehörde mit diesen Daten in die Bodendenkmalliste aufgenommen sowie der Grundstückseigentümer und die Gemeinde von der Eintragung der Denkmale in die Denkmalliste benachrichtigt werden.

Mit Urteil vom 27. April 2017 hat das Verwaltungsgericht Schwerin (2 A 3548/15 SN) festgestellt,

dass das Denkmalschutzgesetz Mecklenburg-Vorpommern (DSchG MV) keine Ermächtigungsgrundlage für Auflagen zur Sicherstellung und Bergung

vermuteter Bodendenkmale zu L a s t e n d e s B a u h e r r n

gibt.

Im einzelnen stellt das Gericht zu lediglich als Flächenumrissen gekennzeichneten Bodendenkmalen (im folgenden wörtlich zitiert) fest:

(Rn. 43), "Nach dem eindeutigen Wortlaut knüpft § 7 Abs. 1, 5 DSchG MV an das tatsächliche Vorliegen eines Denkmals an. Der bloße Verdacht genügt - auch wenn er auf konkrete Tatsachen gestützt sein mag - nicht."

(Rn. 51), "Im Ergebnis genügt es für die Annahme einer Grundstücksfläche als Bodendenkmal wegen des mit einer Unterschützstellung verbundenen Eingriffs in Grundrechtspositionen der Grundstückseigentümer und -nutzer nicht, dass das Vorhandensein eines Bodendenkmals nur vermutet oder auch nur für überwiegend wahrscheinlich gehalten wird...."

(Rn. 54), "Auch ermächtigt § 7 Abs. 5 i.V.m. § 11 DSchG MV nicht

zur Verpflichtung eines Bauherrn

zur Heranziehung von archäologischen Aufsehern oder Baubegleitern.

Ebenso wenig kann aus diesen Normen die Ermächtigung zur Verpflichtung eines Bauherrn

zur Bergung und Erfassung der gefundenen Denkmale

oder zur Information über die in Aussicht genommenen Maßnahmen abgeleitet werden.

Beides ist nach § 4 Abs. 2 i.V.m. § 11 Abs. 4 DSchG MV originäre Aufgabe der Denkmalfachbehörde bzw. unteren Denkmalschutzbehörden.

Die denkmalbezogenen Verpflichtungen des Bauherrn beschränken sich im Wesentlichen auf die Auskunft-, Anzeige- und Erhaltungspflicht (vgl. §§ 9 Abs. 1, 11 Abs. 2, 3 DSchG MV)."

Vorgang besteht aus:

ORI230531_010002E02.xml

ORI230531_010002E02.pdf

Dr.-Ing. Michael Bednorz

2BE7740AE1082C51160301EDB3295C4C

14.06.2023 15:14:24